

FORM NO. 51-61A
NOV 1948

CLASSIFICATION RESTRICTED

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
INFORMATION REPORT

REPORT

[Redacted]

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 6 June 1949

SUBJECT Summary of German Radio and Press Reports

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRE

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

DATE OF ACQUIRE

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

STAT

[Redacted]

U. S. C. 18 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOWEVER INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

STAT

[Redacted]

[Redacted]

The attached summaries of German radio and press reports are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest to you.

CLASSIFICATION RESTRICTED

STATE	NAVY	NSRB		DISTRIBUTION									
ARMY	AIR	ORE	X										

RESTRICTED

STAT

No. 9

Presseberichte aus den Westzonen
=====

Neue Erdölfelder. Wie verlautet, würden die erst kürzlich in Norddeutschland entdeckten Erdölfelder Deutschland zum viertgrößten Ölproduzenten - mit Ausnahme der UdSSR - in Europa machen. Die neuen Ölfelder zwischen der dänischen Grenze und dem kleinen Fließchen Ems werden auf etwa vier Millionen Tonnen veranschlagt. Bereits bestehende Ölquellen in der Nähe der neuen Felder werden als die ergiebigsten angesehen. Die drei Hauptvorkommen - Emlichheim, Georgsdorf und Dalum - liefern 20 000 Tonnen Öl im Monat, das sind etwa 45 % der gesamten deutschen Erdölproduktion.
SAZ vom 4. Mai 1949

Bayerischer Separatismus. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CSU HAUSSLEITER bezeichnet die augenblickliche Auseinandersetzung um den Status Bayerns als "Zerreißprobe für das Land" und nennt die separatistischen Bestrebungen schonlose Machenschaften einer kleinen Clique, die das Land zugrunde richten und deren Parteistreitigkeiten jedem zum Halse heraus hängen. Man werde auf die Leute achten, die zum Geburtstag des Kronprinzen flaggen würden. Wer mit ihnen zusammenarbeite, könne nicht mehr Mitglied der CSU sein. Man müsse den Separatismus in Bayern jetzt isolieren, damit man sehe, wie schwach er in Wirklichkeit sei.
Die Deutsche Union spricht von einer "Verschwörung zum Selbstmord Bayerns". Die Gewerkschaften halten ein selbständiges Bayern für nicht lebensfähig. Kronprinz Rupprecht schätzte den Anteil der Bodenständigen bayerischen Bevölkerung, die sich bei einer Befragung für die Monarchie entscheiden würden, auf 70 %, Dr. Baumgartner auf 60 %.
Der bayerische Ministerrat beschäftigte sich mit der innerpolitischen Lage und den Bonner Arbeiten. Die Sitzung wird heute fortgesetzt mit dem Ziel, bayerische Mindestforderungen für die entscheidenden Beratungen des Parlamentarischen Rates aufzustellen.
Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Unter dem Namen "Interessenverband berufsmäßiger Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes und deren Hinterbliebenen" wurde in Regensburg eine Organisation ehemaliger Führer des Reichsarbeitsdienstes gegründet, dem sämtliche ehemalige Führer vom Truppführer aufwärts und Führerinnen des Arbeitsdienstes angehören können. Eine Untergruppe des Verbandes wurde, wie jetzt verlautet, am 20. März d.J. in Nürnberg und Würth gegründet.
Südt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Verwaltung der Zölle. Der Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat dem Entwurf eines "Gesetzes über die Verwaltung der Zölle und der Umsatzausgleichsteuer" zugestimmt und dem Wirtschaftsrat zugeleitet. Trotz seiner Kürze - es umfaßt nur zwei Paragraphen - ist das Gesetz von großer Tragweite. Nach dem Gesetz sollen die Einnahmen aus Zöllen, für die die Steuerschuld nach dem 31. März 1949 entstanden ist, an die Verwaltung für Finanzen abgeführt werden. Das gleiche soll für die Umsatzausgleichsteuer gelten. Das Aufkommen aus diesen beiden Quellen wird auf 150 Millionen DM geschätzt. Es soll dazu dienen, die Unkosten für die neugeschaffene Zolleitstelle und den Zollgrenzdienst, die mit rund 100 Mill. DM jährlich veranschlagt werden, zu decken. Die restlichen 50 Mill. DM sollen zur Deckung eines bisher ungedeckten Ausgabebedarfs des Haushaltes der Doppelzone dienen. Wenn auch die Länder von den Kosten des bisher von ihnen aufrechterhaltenen Zollgrenzdienstes entlastet werden, dürfte doch mit erheblichem Widerstand gegen dieses Gesetz im Länderrat gerechnet werden.
Wirtschafts-Ztg. vom 7. Mai 1949

Interzonaler Handel. Der kommunistische Abgeordnete des Wirtschaftsrates, RISCHE, erklärte, die kommunistische Fraktion werde es jederzeit begrüßen, wenn der Kampf um Berlin abgebrochen würde. Die Ostzone brauche Stahl, Kohle usw. aus dem Westen und wolle dafür Halbfabrikate liefern. Die Besatzungsmächte seien rechtlich in keiner Weise befugt, eine Unterbindung des Ost-West-Handels zu verfügen. Der interzonale Handel müsse als eine innerdeutsche Angelegenheit angesehen werden.
Allgem. Ztg. vom 5. Mai 49

RESTRICTED

UNCLASSIFIED

STAT

No. 10 Presseberichte aus den Westzonen

Interessenvertretung der Jugend. In Rothenburg o.d. Tauber findet von 18. bis 20. Mai die konstituierende Versammlung für eine westdeutsche Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt und der Jugendpflege statt. Die Arbeitsgemeinschaft soll die Interessenvertretung der Jugend gegenüber einer künftigen Bundesregierung werden und setzt sich aus Jugendverbänden und Landesjugendräten, karitativen Organisationen, Landesjugendleitern und sonstigen Behörden und aus Spezialverbänden der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt der westdeutschen Länder zusammen. Eine kleine Geschäftsstelle soll am Sitz der Bundesregierung gebildet werden. Die westdeutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendfürsorge und Jugendpflege wird jährlich ein- bis zweimal zu Hauptversammlungen zusammentreten.
Middt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Südweststaat des Oberschwäbischen Adels. Politische Kreise des Oberschwäbischen Adels um den Grafen WADSBURG schlagen als dritte Lösung des Südweststaat-Problems ein "dezentralisiertes Staatsgebilde" vor, um das Übergewicht Stuttgarts auszuschalten. Es wird von den genannten Kreisen in einem zu bildenden Südweststaat vor allem ein eigener Kantone von Oberschwaben erstrbt, der eindeutig katholisch und gegen die Agrarreform gerichtet sein soll. Es sei, so wird argumentiert, bei einem föderalistischen Aufbau des neuen Deutschlands bewegig, wenn einzelne Länder selbst kleine Zentralstaaten seien.
Middt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Bayrische Monarchie. Staatsrat Dr. HOEGNER, der als einer der bekanntesten Vertreter der extremen föderalistischen Haltung in Bayern gilt, hat sein Bedauern darüber geäußert, daß die Frage nach der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands mit der Frage der Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern verknüpft worden sei, die er für den Augenblick für undenkbar halte. Im Gegensatz dazu wird die gemeinsame Behandlung dieser Probleme von führenden Kreisen der Bayern-Partei begrüßt, die ein Nein zu Bonn zugleich als ein Ja für die Monarchie betrachten wollen. Gegen die Abhaltung eines Volksentscheids über das Bonner Grundgesetz werden in politischen Kreisen aller Richtungen grundsätzlich keine Bedenken geäußert. Nur über die Formulierung der Frage bestehen Meinungsverschiedenheiten. Die Aussicht für eine Restauration in Bayern wird im allgemeinen sehr zurückhaltend beurteilt. Kronprinz Rupprecht selbst hat in den letzten Tagen mehrfach seinen Unwillen darüber geäußert, daß man ihn derartig exponiert habe. Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat die Wiederherstellung einer bayerischen Monarchie als Utopie bezeichnet, gegen die er sich leidenschaftlich und mit allen verfassungsmäßigen Mitteln wenden würde.
Allgem. Ztg. vom 6. Mai 1949

In letzter Zeit bereiten verschiedene politische Vorfälle der Regierung von Nordrhein-Westfalen einige Sorge. So wurden bei der Polizei in verschiedenen großen Städten des Ruhrgebietes und des Sauerlandes postkartengroße hektographierte Flugblätter mit nazistischem Inhalt abgeliefert. Bei den mutmaßlichen Verfassern handelt es sich um einen Kreis von Einzelgängern und nicht um Angehörige einer Untergrundorganisation. Eine realere politische Gefahr sieht das nordrheinisch-westfälische Innenministerium in dem verstärkten Auftreten der "Deutschen Rechtspartei" und des "Bundes für deutsche Erneuerung", in dem sich die Strasseranführer zum Teil mit der KP-Opportunisten zusammengefunden haben. Bei der kurzen stattgefundenen Gründungsversammlung der "Deutschen Rechtspartei" in der westfälischen Stadt Hammen präsidierte ein ehemaliger NSDAP-Gauleitungsleiter als Vorsitzender.
Die Welt Zeitung vom 7. Mai 1949

Deutsche Rechtspartei unterlegen. Die Betriebsratswahlen im Volkswagenwerk in Wolfsburg brachten den rechtsradikalen Kreisen um die Deutsche Rechtspartei eine klare Niederlage. Alle 19 Betriebsratsmitglieder wurden auf der Gewerkschaftsliste gewählt. Die bekannten Mitglieder der Deutschen Rechtspartei konnten nur wenige Stimmen auf sich vereinigen. Dieser ersten Wahl nach der Auflösung der DR im Kreise Gifhorn messen politisch interessierte Kreise insofern eine Bedeutung bei, als an ihr die Reaktion der Wolfsburger Arbeiterschaft auf das Verbot der DR abgelesen werden kann.
Die Welt vom 7. Mai 1949

No. 11

Presseberichte aus den Westzonen

STAT

Stimmen zum Grundgesetz. Der Vorsitzende der FDP Hessens, EULER, erklärte, die FDP betrachte das vorläufige Grundgesetz lediglich als eine Station auf dem Wege zu einem deutschen Rechtsstaat, der auch den unerlösten Gebieten der Ostzone und der deutschen Lande östlich von Oder und Neiße statt der Einheit eines despotischen Systems von Gestapo und Konzentrationslagern die Einheit eines Systems der persönlichen Freiheit bringen solle. Wenn in Bonn keine stark gefügte Einheit hase erreicht werden können, so sei dies eine Folge des verheerenden Wirkens der Separatisten und Partikularisten, die das Grundgesetz ablehnten oder ihm nur mit dem Bedauern zustimmten, daß die zentralen Gewalten leider nicht noch mehr hätten abgeschwächt werden können. Das deutsche Volk werde es hoffentlich nicht versäumen, diesen Schaulingen, die das Spiel der Besatzungsmächte spielten, bei den kommenden Bundestagswahlen die gebührende Quittung zu erteilen.

Dr. BAUMGARTNER proklamierte den Beginn des bayerischen Freiheitskampfes. Der Bonner Vergewaltigungsakt sei für seine Partei kein Grund-, sondern ein Schandgesetz, mit dem die Sozialisierung, die Zentralisierung und die Russifizierung einsetze. Die sieben zustimmenden bayerischen Delegierten hätten die Verfassung gebrochen.

Der Vorsitzende der bayerischen Sozialdemokraten, von KNOERHAGEN, sagte, der Beschluß von Bonn sei ein Sieg der deutschen Demokratie. Wenn Vertreter der bayerischen CSU gegen das Grundgesetz gestimmt hätten, hätten sie damit kundgetan, daß sie entweder die Notwendigkeit der Zeit nicht erkannt oder sich von parteipolitischen Gesichtspunkten hätten leiten lassen.

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Alfred LORITZ betonte, daß die WAV im Landtag "Nein" sagen werde und forderte ebenfalls eine Volksabstimmung in sämtlichen westdeutschen Ländern. Der "Deutsche Block" begrüßte das Grundgesetz insofern, als damit in Ostdeutschland endlich eine staatliche Ordnung geschaffen werde. Die im Grundgesetz verankerte Eigenstaatlichkeit der Länder wird jedoch abgelehnt und eine Volksabstimmung gefordert. "Das Grundgesetz führt zur Spaltung Deutschlands", erklärte die bayerische KPD und verlangte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung usw.

Die Gewerkschaften begrüßen das Zustandekommen des Grundgesetzes. Sie hätten Verständnis für die Wünsche nach einer föderativen Gestaltung des westdeutschen Bundesstaates, seien aber der Auffassung, daß diese föderative Form kein Hemmnis sein dürfe für die gleichmäßige Behandlung aller Arbeitnehmer Deutschlands.

Süddt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Das bayerische Innenministerium wird die Eintragung des "Interessaverbandes der berufsmäßigen Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes und deren Hinterbliebenen, Landesverband Bayern", vorerst nicht genehmigen. Es sollen zunächst Erhebungen darüber angestellt werden, ob in anderen Ländern der Westzonen ähnliche Verbände gegründet werden sollen.

Süddt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Ein umfassendes Steuergesetz kündigte der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred HARTMANN, für den Spätherbst d.J. an. Die Arbeiten seien bereits im Gange. Hartmann betonte, die Schwierigkeit einer deutschen Finanzpolitik beruhe darauf, daß der größte Teil der Ausgaben unelastisch seien. Um die Landeshaushalte nicht weiter zu belasten, sei eine Treibstoffsteuer unvermeidlich. Ohne eine solche Steuer in Höhe von 10 Pfg. je Liter könne der Haushalt der Bizone nicht ausgeglichen werden.

Die Neue Zeitung vom 10. Mai 49

Der NWR-Ministerpräsident Karl ARNOLD wandte sich erneut gegen die vorgenommenen Grenzveränderungen im Westen und forderte eine Volksabstimmung in den betroffenen Gebieten. Er wies in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung des früheren amerikanischen Außenministers Byrnes hin, der 1946 geäußert hatte, daß die USA, abgesehen von Ostdeutschland und dem Saar Gebiet, keinen Anspruch auf unbestreitbar deutsche Gebiete unterstützen würden. Verräter würden sie eine Abtretung deutscher Gebiete ablehnen, die nicht von der betroffenen Bevölkerung selbst ausdrücklich gewünscht werde.

SAZ vom 9. Mai 1949

RESTRICTED

No. 12

Presseberichte aus den Westzonen

STAT

Reichsbahn. Die Reichsbahn hat gegenwärtig ein tägliches Defizit von rund einer Million Mark. Zur Sanierung ist ein Kredit von mindestens drei Milliarden Mark erforderlich. Trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten hat die Reichsbahn bereits wieder 76 % ihrer Vorkriegsleistung erreicht.

Ein neuer Lohnstarif wurde angekündigt. Danach sollen alle Arbeiter der Reichsbahn, die 35 Jahre alt und mindestens 15 Jahre bei der Bahn tätig sind, als un kündbar angestellt werden. Reichsbahnbedienstete, die am Tage der Verkündung des Beamtengesetzes als Beamte tätig gewesen sind, werden Beamte bleiben, darunter auch alle Lokomotivführer. Nur 4 % der bisherigen Beamtenstellen sollen in Lohnempfängerstellen umgewandelt werden.

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Schlesierverband. Auf einer Großkundgebung des Schlesierversandes erklärte der bayerische Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Wolfgang JÄHNICKE, es werde der Tag kommen, an dem die Schlesier wieder in ihrer Heimat sein werden. Min. Rat Dr. RINKE, Vorsitzender des Schlesierversandes, betonte, die Schlesier hätten den Rechtsanspruch auf ihre alte Heimat nie aufgegeben und die Westmächte hätten die Revision der Oder-Weiß-Grenze in ihr politisches Konzept miteinbezogen. Der stellvertretende bayerische Min. Präs. Dr. MUELLER wies darauf hin, daß Deutschland nach wie vor als völkerrechtlicher Begriff und als Staat bestehe und daß es eine Verpflichtung der Christen sei, als Schutz gegen den Bolschewismus eine vernünftige Sozialordnung zu schaffen. Geistlicher Rat GOEBEL erklärte, die Ostvertriebenen würden das Recht auf ihre Heimat niemals aufgeben und hofften, daß der Friedensvertrag die Rückführung bringen werde.

Süddt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Wahl. Der Hauptausschuß des Parl. Rates beschloß, daß das Präsidium des Parl. Rates den Wahltag für die ersten Wahlen zum Bundestag festsetzen soll. Die Wahl soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des Grundgesetzes stattfinden.

Gleichzeitig mit den Bestimmungen für die erste Wahl zum Bundestag beschloß der Hauptausschuß auch eine Vorlage für das Plenum zur Wahl der Bundesversammlung, die den ersten Bundespräsidenten wählen soll. Die von den Länderparlamenten zu wählenden Delegierten für die Bundesversammlung sollen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden. Unmittelbar nach der Wahl des Präsidenten des Bundestags soll die Wahl des Bundespräsidenten stattfinden.

Die Welt vom 10. Mai 1949

Wohnungsbau-Groschen? Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich mit der Erhebung eines Wohnungsbau-Groschens beschäftigt. Das entsprechende Gesetz sieht vor, von Veranstaltungen aller Art, deren Eintrittskarten mehr als 50 Pfg. kosten, ein Wohnungsbau-Groschen als Zulage zum Eintrittspreis zu erheben. Über die Vorlage entstand eine heftige Debatte, in der die Mehrheit der Redner den Gesetzentwurf ablehnte.

Allgem. Ztg. vom 11. Mai 1949

Wahlgesetz. Das Plenum des Parl. Rates entschied sich mit 33 Stimmen gegen 29 für Bonn als provisorischen Sitz der künftigen Bundesorgane. Das Wahlgesetz für die Wahl des ersten Bundestages und des ersten Bundespräsidenten wurde mit 36 Stimmen der SPD, KPD, FDP und des Zentrums gegen 29 Stimmen der CDU/CSU und der DP endgültig verabschiedet. Danach werden 200 Abgeordnete zum Bundestag nach dem Mehrheitswahlsystem in Einzelwahlkreisen und 200 über Landeslisten nach dem Verhältniswahlrecht spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des Grundgesetzes gewählt.

Wahlberechtigt ist nach dem Gesetz jeder Deutsche, der das 21. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten vor dem Wahltag im Bundesgebiet wohnt.

SAZ vom 11. Mai 1949

RESTRICTED

No. 13.

Presseberichte aus den Westzonen

STAT

Bayerische Reg. zum Grundgesetz. Wirtschaftsmin. SEIDL hat zu dem Beschluß der bayerischen Staatsregierung Stellung genommen, sie werde für die Abstimmung im Landtag ein Nein beantragen, aber den Landtag gleichzeitig ersuchen, die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes bei Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit der deutschen Länder auch für Bayern anzuerkennen. Dr. Seidl erklärte, die Haltung der Staatsregierung sei ganz klar in der bayerischen Verfassung begründet.

Für die Abhaltung eines Volksentscheides über das Bonner Werk sieht Dr. Seidl keine verfassungsrechtliche Grundlage. Sie könne aber noch geschaffen werden. Sollte es wider Erwarten und entgegen dem Antrag der Staatsregierung im Landtag zu einer Mehrheit für das Grundgesetz kommen, so würde sich dadurch nicht die Notwendigkeit eines Rücktritts der Regierung der CSU ergeben, die im zweiten Teil ihres Kommissivs für den Landtag ja ausdrücklich den Beitritt Bayerns zum Bund beantragte.

Dr. BAUMGARTNER hat erklärt, die Frage der Staatsform sei gegenwärtig nicht akut. Er nehme an, daß der Bayerische Landtag das Grundgesetz mit knapper Mehrheit ablehnen werde. Dr. Baumgartner kündigte auch die Schaffung einer bayerischen Presse an.

Allgem. Ztg. vom 12. Mai 1949

Die Erwartungen, die seitens der Leder- und Schuhindustrie sowie des Handels an den Saisonbeginn geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt, teilte das hessische Wirtschaftsministerium in einem Lagebericht mit. In dem Bericht werden die Häutepreise als weiterhin rückläufig gekennzeichnet, jedoch könne sich der Rückgang nicht überall gegen die Bemühungen der Erzeuger, ohne Verluste von den Beständen wegzukommen, durchsetzen. Der Absatz von Lederwaren und gerabtem Schuhwerk wird als äußerst schleppend bezeichnet, wobei die Verkaufsangebote vielfach erheblich unter dem Einstandspreis liegen. Die Gegenüberstellung der Lagerbestandszahlen der hessischen Schuhindustrie mit denen anderer Länder der Doppelzone zeigt insofern ein günstigeres Bild, als die Vorräte der hessischen Schuhindustrie im Durchschnitt eine Zwei- bis Dreiwochenproduktion nicht übersteigen, während in allen anderen Ländern die Lagerhaltung nahezu eine volle Monatsfertigung umfaßt.

Auch in der frz. Zone soll demnächst ein Abkommen zwischen der Eisenbahn und dem Güternahverkehr nach dem Vorbild der Doppelzone abgeschlossen werden. Die Generaldirektion der südwestdeutschen Eisenbahnen will den Wortlaut des Rahmenvertrages der Doppelzone voll übernehmen. Die Speditions- und Transportverbände der frz. Zone haben jedoch Abänderungsvorschläge eingebracht. Das Abkommen soll auf 3 Jahre abgeschlossen werden und eine Grundlage für die Beschränkung des Werksverkehrs auf sein eigentliches Arbeitsgebiet bilden.

Wirtschaftsrevue vom 6. Mai 1949

Demontage-Problem. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat in einer Entschlußnahme erneut zur Demontagefrage Stellung genommen. Er bedauert, daß für die Zukunft entscheidend wichtige Betriebe nach wie vor für die Demontage vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um Anlagen, die in ihrer wirtschaftlichen ~~W~~ Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen unentbehrlich sind. Deshalb appelliert der Landtag erneut an die Einsicht der Besatzungsmächte und verweist darauf, daß es auch im europäischen Interesse richtiger erscheint, die für Reparationen vorgesehenen Anlagen in Deutschland zu belassen und dort gegebenenfalls für Rechnung der Empfangsländer zu betreiben, was ohne Zweifel einer sinnlosen Wertzerstörung vorzuziehen ist.

Allgem. Ztg. vom 12. Mai 1949

RESTRICTED

No. 129

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Enteignung der Privatbanken. Für den 1. Mai wurde die Enteignung aller privaten Banken und Versicherungsanstalten im Ostsektor von Berlin von dem provisorischen Magistrat angeordnet. Danach gibt es künftig auch im Ostsektor von Berlin wie in der Ostzone keine privaten Versicherungsanstalten, Banken und Grundstücksgesellschaften mehr.
Allgem. Ztg. vom 4. Mai 1949

Verstärkung der Ostzonenpolizei. In verschiedenen Teilen Mecklenburgs sind Einheiten der Volkspolizei in der ersten Aprilhälfte erheblich verstärkt worden. Nachdem die sowjetischen Militäreinheiten aus Ludwigslust und Brahlendorf mit unbekanntem Ziel abtransportiert wurden, sind in den gleichen Unterkunftsräumen deutsche Polizeieinheiten untergebracht worden. In beiden Orten befinden sich je eine Kompanie Minenwerfer und Granatwerfer sowie zwei Kompanien Infanterie. Die Einheiten sind voll und modern ausgerüstet.
Telegraf vom 26. April 49

Zentralstelle für Volkskunst. Im Laufe des Monats Mai soll die Gründung der Zentralstelle für Volkskunst erfolgen. Der Bund Deutscher Volksh Bühnen ist mit der Durchführung aller notwendigen Vorarbeiten beauftragt worden. Der Zentralstelle wird die Aufgabe zufallen, die nach Tausenden zählenden Spiel-, Musik- und Chorgruppen mit Material, Noten, Stücken, Programmen usw. zu versehen und künstlerisch anleitend tätig zu sein.

Neues Deutschland vom 27. April 1949

Westberliner Probleme. Die Umsatzer der Berliner Erzeugnisse in den Westzonen verlaufen fast durchweg Zahlungsziele von 3 Monaten, während die westdeutschen Lieferanten für ihre Sendungen nach Berlin meist Vorauszahlung fordern. Das Kredit- und Bankenproblem ist für Westberlin mit der Verstärkung der Luftflotte und der Zunahme des Warenaustausches mit den Westen immer akuter geworden. Bei den gegenwärtig stattfindenden Berechnungen geht es zwar zunächst um den mittel- und langfristigen Kredit für Investitionen der Berliner Industrie. Die Hereinkahme dieses Kredits würde aber, da eine langfristige Festlegung in voller Höhe nicht sofort erfolgen würde, auch das kurzfristige Warenkreditgeschäft befruchten.

Die Exportabschlüsse Westberlins mit dem Ausland haben in der Zeit vom 27. Febr. bis 2. April einen neuen Rekord mit 2,6 Mill. Dollar erreicht. Den größten Anteil am Berliner Export hatte die elektrotechnische Industrie mit etwa 60 %. Größere Exporte wurden auch von der feinmechanischen Industrie, der optischen Industrie und dem Maschinenbau erzielt. In erster Linie wurde an die Marshallplan-Länder exportiert, während Osteuropa nur mit 2 - 3 % an der Ausfuhr beteiligt war. Der größte Auftrag wurde im Wert von 250 000 Dollar für Dampflokomotiven von Australien erteilt. Der weitaus größte Teil der im März getätigten Abschlüsse konnte bereits durchgeführt und ausgeflogen werden.

Wirtschaftsrevue vom 29. April 49

Eine neue Abfüllmaschine für körniges Abfüllgut, hauptsächlich Samen, deren Stundenleistung 1 000 bis 1 500 Beutel zu je 45 kg beträgt, wurde auf der Leistungsschau des Handwerks in Bielefeld (Sachsen-Anhalt) gezeigt. Maschinen dieser Art wurden bisher nur in Westdeutschland hergestellt.

Wirtschaftsrevue vom 29. April 1949

Neues Ostzonen-KZ. Laut Mitteilung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit ist das Konzentrationslager "Münfeichen" bei Neubrandenburg, das seit dem Herbst 1948 nicht mehr belegt war, von den Sowjets wieder eröffnet worden. Damit erhöht sich die Zahl der offiziellen sowjetischen KZ's in der Ostzone auf insgesamt vier. Außerdem besteht auch weiterhin noch das Jugend-KZ Michaliken und das als Durchgangslager für Deportationen in die SU benutzte Gefängnis in Bautzen.

Die Neue Zeitung vom 5. Mai 1949

No. 130

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Kraftfahrzeuge in der Ostzone. Die vor dem Kriege im Bereich der jetzigen SBZ vertretenen Kraftfahrzeug-Produktionsstätten sind in der Vereinigung volkseigener Fahrzeugwerke (IFA) mit dem Hauptsitz in Chemnitz zusammengeschlossen. Diese IFA zählt heute 38 Herstellungsbetriebe mit über 15 000 Arbeitern und hat ihre Betriebe so ausgebaut, daß sie im wesentlichen unabhängig von Westdeutschland produzieren können. In der IFA vereinigt sind die Werke Horch und Audi in Zwickau sowie das Werk in Chemnitz, die DKW-Werke in Griesbach, Phänomen in Zittau, das Karosseriewerk Gläser in Dresden, die Schlepperwerke Nordhausen und Schönebeck, das BMW-Werk in Eisenach und verschiedene Lieferwerke für Einzel- und Zubehörteile.

Nach einem nicht gerade mühelosen Aufbau ist ein Zweijahresplan aufgestellt worden, der eine interessante Produktion vorsieht, so von DKW-Personenwagen "F 8" (Meisterklasse) und "F 9" (neueste Ausführung), dem 3-Tonnen-Horch-Lastkraftwagen mit Benzin- und Dieselmotor, den Schlepperbau mit Zwanzig- und Vierzig-PS-Modellen, den Bau von stationären DKW-Motoren, das Krafrad DKW "RT 125", General-Werkreparaturen an Fahrzeugen und den Anhängerbau. Geplant ist außerdem die Serien-Herstellung des bekannten Phänomen "Granit 27" mit einem luftgekühlten Vierzylinder-Dieselmotor. Dieser Motor leistet bei einem Verdichtungsverhältnis von 1 : 18 vierundfünfzig Pferdestärken und soll einen Verbrauch von 220 g je Pferdestärke und Stunde haben. - Das BMW-Werk Eisenach bringt im Rahmen dieses Planes sein neuestes Modell, den BMW "340", außerdem den BMW "321" und ein neues Zweiliter-Sport-Cabriolett, das den Typ "327" in besserer Form ersetzen soll. Die Erzeugnisse der BMW-Werke Eisenach sind ausschließlich für den Export bestimmt und werden durch die Techno-Export vertrieben. Die in der Ostzone verbleibenden Fahrzeuge der IFA werden durch die DKW verteilt. Diese berücksichtigt in erster Linie Behörden und Industrie. Bei anhaltender Produktionssteigerung wird im zweiten Halbjahr 1949 auch der private Bedarf wenigstens teilweise gedeckt werden können.

Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Der sowjetische Nachrichtendienst in Deutschland bedient sich neuerdings in großen Umfange Kriegsolinden. Es hat nach den Feststellungen deutscher Stellen den Anschein, als ob eine feste Geheimorganisation aus Kriegsolinden bestehe, die ihre Nachrichten in Blindenschrift nach der Ostzone weitergebe.

Wirtschafts-Ztg. vom 7. Mai 1949

Außerungen sowjetisch beeinflusster Kreise zu den Blockade-Besprechungen. Es fällt allgemein auf, daß in einem entscheidenden Stadium der Verhandlungen über das Datum der Aufhebung der Blockade "Neues Deutschland" die Lage wie folgt darstellt: "Die mutwillig heraufbeschworene Katastrophe Berlins läßt sich durch keine noch so fettgedruckten Tonnageziffern (der Luftbrücke) verbergen. Die westdeutsche Wirtschaft, der man die verfallende Bln. Wirtschaft ans Bein gebunden hat, meutert gegen die Auslösung". Die amerikanische Diplomatie sei nunmehr gezwungen, die Untauglichkeit ihrer Methoden einzusehen. Von der Ztg. wird die Frage aufgeworfen, ob die USA es bei der jetzigen Anknüpfung wohl ehrlich meinen. - - Vielfach besteht in Berlin die Auffassung, daß derartige Äußerungen die Erörterung der Schuldfrage für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen vorbereiten sollten. Dabei wird es durchaus für möglich gehalten, daß ein Scheitern der Verhandlungen von den Russen erst im Außenministerrat in Betracht gezogen werde, damit die Wiedereinführung einer Blockade um so stärkere psychologische Wirkungen hervorrufen könne.

Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Auf Anordnung der DKW wird für den Vertrieb forst- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse in der SBZ die "Deutsche Handelszentrale Holz" eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Potsdam, gegründet. Ihr wird das gesamte volkseigene Vermögen der Handelsunternehmen für forst- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse in der Ostzone als Rechtsträgerin übertragen.

Wirtschaftsrevue vom 6. Mai 1949

RESTRICTED



No. 131

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Volkskongreßwahlen. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß der kommende Sonntag für die Aussichten der Pariser Konferenz von wesentlicher Bedeutung sein könne. Wahlen zum Volkskongreß an diesem Tage würden nach Informationen aus der Ostzone dort als entscheidendes Mittel der Auseinandersetzung mit dem Westen betrachtet. Die Abstimmung "Ja" oder "Nein" solle der russischen Regierung den Beweis erbringen, daß jede Abweichung von ihrer bisherigen Politik eine Verletzung des Volkswillens darstelle. Die russische Taktik dagegen gehe dahin, Wirtschaftskreise der Ostzone als Partner für den Wirtschaftsrat der Westzonen arbeiten zu lassen. Die Bildung eines ostdeutschen Staates würde dadurch herflüssig, ja sogar schädlich werden, weil sie die Parole der Einheitspropaganda unmöglich mache. Die demokratischen Parteien Berlins treten der Politik des Volkskongresses mit großer Entschiedenheit entgegen. In einem Aufruf wendet sich Jakob KAISER an die Bevölkerung der Ostzone: Es sei die Pflicht aller aufrichtigen Menschen, sich durch die Abgabe ihrer Mein-Stimme gegen den Terror der SED und für die Freiheit zu erklären. "Die Wahl zum Volkskongreß soll über die wahren politischen Verhältnisse in der Ostzone hinwegtäuschen. Sie soll gerade jetzt gegenüber dem Ausland die wahre Meinung der Bevölkerung verfälschen. Damit will man insbesondere die Pariser Außenministerkonferenz irreführen. Deutsche in der Ostzone, wählt die Freiheit, stimmt mit "Nein"!"

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Am Jahrestag der deutschen Kapitulation wurde ein riesiges sowjetisches Ehrenmal für die Gefallenen der Sowjetarmee im Treptower Park durch den sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor KOTIKOW, eingeweiht. "Dieses im Zentrum Europas, in Berlin, eingeweihte Denkmal wird die Völker der Welt ständig daran erinnern, wann, durch wen und um welchen Preis der Sieg errungen wurde", sagte Kotikow. Otto Grotewohl leste das Gelöbnis ab, nach dem Abzug der sowjetischen Truppen das Denkmal in den Schutz der Deutschen zu nehmen.

Süddt. Ztg. vom 10. Mai 1949

In Leipzig wurde eine "Ameisen-Aktion" durch die Stadtverwaltung gestartet. Danach muß jeder Einwohner bei seinen regelmäßigen Gängen zur Arbeit beim Passieren einer Brümmer- oder Baustelle einige Ziegel bergen.

Rhein. Merkur vom 7. Mai 1949

Ostmark-Vorderungen. Die Russen haben Rückerstattung von 180 Mill. M aus den Westsektoren Berlins gefordert. Damit hat es folgende Bewandnis: Bei der Währungsneuordnung vom Juni, bei der Berlin die West- und die Ostmark beschert wurden, war es den Bewohnern der Westsektoren gestattet, die Kopfquote sowohl in West- wie in Ostmark zu beziehen. Außerdem wurden Konten der zunächst gesperrten und nach Prüfung freigegebenen Bankkonten erhebliche Beträge auch für Westsektoren-Bewohner freigegeben. Diese Beträge werden nun zurückgefordert. Für die Gesamtbevölkerung der Westsektoren von ca. 2 Mill. sind je 70 OM Kopfquote in Anrechnung gebracht worden. Zu dem Betrag von 140 Mill. OM sind nun noch 40 Mill. OM aus den Kontenauszahlungen zugeschlagen worden.

Süddt. Ztg. vom 7. Mai 1949

Ostzonale Eisenbahn. Ende 1948 waren annähernd 3 000 Lokomotiven, 60 - 65 000 Güterwagen und etwa 8 000 Personenwagen im Dienst. Im Verlauf des Berichtsjahres ist in diesen Beständen keine wesentliche Veränderung eingetreten. Wenn trotzdem im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr eine Leistungssteigerung auf annähernd 90 Mill. t (1947: 73 Mill. t) erzielt wurde und die Nettotonnenkilometer-Leistung von 9,65 auf 10,75 Milliarden stieg, so liegt der Grund in einer innerbetrieblichen Leistungssteigerung, wie sie in der Senkung der Umlaufzeit von 5,2 auf 4,7 Tage zum Ausdruck kommt. Auf diese Weise ist es gelungen, die tägliche Wagenstellung im zweiten Halbjahr auf etwa 14 000 gegenüber 12 000 im Jahre 1947 zu steigern. - Im Personenverkehr wurden im 1. Halbjahr 48 etwa 400 Mill. Reisende befördert; nach der Geläureform ging der Verkehr zurück. Nach überschlägiger Schätzung dürften die Betriebseinnahmen im 1. Halbjahr zwischen 0,8 und 0,9 Milliarden RM gelegen und damit wohl auch die Ausgaben gedeckt haben.

Wirtschaftsrev. vom 29. April 49

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 132

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Zuckerernte der Ostzone. 612 000 Tonnen weißer Zucker wurden in der abgeschlossenen Zuckerkampagne 1948/49 in der Ostzone erzeugt. 199 800 Hektar waren mit Zuckerrüben bebaut. In 59 Zuckerfabriken (46 Roh- und 23 Weißzuckerwerken) waren während der 65 Tage dauernden Zuckerkampagne 35 000 Arbeiter tätig. Geerntet wurden rund 4,3 Millionen Tonnen Rüben, die einen durchschnittlichen Zuckergehalt von 17,36 % hatten. Im Durchschnitt belief sich der Hektarertrag in den einzelnen Ländern der Ostzone in Sachsen und Sachsen-Anhalt auf je 24,9 Tonnen, in Thüringen auf 23,7 Tonnen, in Brandenburg auf 15,6 Tonnen und in Mecklenburg auf 15,4 Tonnen. Ein großer Teil der Zuckermenge muß auf Reparationskonto an die SMA abgeführt werden. Die Mehrzahl der Zuckerfabriken der Ostzone ist volkseigen und in einer zonalen Vereinigung volkseigener Zuckerfabriken und Raffinerien mit Verwaltungssitz in Halle /Saale zusammengefaßt.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Mai 1949

Anläßlich des vierten Jahrestages der deutschen Kapitulation erschien in der Prawda ein Artikel SOKOLOWSKI's, in dem er die führenden anglo-amerikanischen Kreise beschuldigt, schon während des Krieges ein doppeltes Spiel getrieben und die Völkchen ihren Alliierten gegenüber verletzt zu haben.

Zeit davon entfernt, einen Befreiungskrieg zu führen, so heißt es, ging es den anglo-amerikanischen Imperialisten vor allem um die Ausschaltung des deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig hofften sie, daß der Krieg die SU zum Weisbrot und sie dadurch in vollkommene Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien bringen würde. Im Verfolg ihrer egoistischen Interessen schoben sie entscheidende Operationen gegen das faschistische Deutschland immer wieder hinaus und beschränkten sich auf kleinere Angriffe auf den Wehenkriegsschauplätzen.

Wüdt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Förderung der Wissenschaft. In der Ostzone soll in Ausführung der Kulturverordnung der Wirtschaftskommission eine eigene Institution zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geildet werden. Bewerber im Alter bis zu 40 Jahren und mit abgeschlossener Hochschulbildung sollen in zwei Jahren unter der Leitung besonders qualifizierter Gelehrter zu Wissenschaftlern herangebildet werden und den Lehrgang mit der Habilitation abschließen. Eine Aufnahmekommission der sowjetzonalen Verwaltung für Volksbildung überprüft die Bewerber, die auch aus den Westzonen kommen können. Die angenommenen Kandidaten erhalten während des Lehrgangs ein abzugsfreies Monatsstipendium von 400 Ostmark, Lebensmittellkarte 1 und einen Jahresurlaub von 10 Wochen.

Neue Volks-Ztg. vom 4. Mai 1949

Warenaustausch mit Polen. Der neue Handelsvertrag, der kürzlich mit Polen abgeschlossen wurde, wird als eine Wendung für die deutsche wie für die osteuropäische Wirtschaft gewertet. Für 1949 wird darin ein Warenaustausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Lehrreich ist die Liste der diesmal beiderseits aufgestellten Ein- und Ausfuhrkontingente. Polen liefert der Ostzone vor allem niederschlesische Braunkohle, die in nächster Nähe der Oder-Weißer-Grenze gefördert und auf deutscher Seite in der Nähe der Fundstellen verarbeitet wird, ferner erhebliche Mengen von oberschlesischer Steinkohle, die nun in Sachsen und Ost-Berlin an die Stelle westdeutscher Ruhrkohle treten soll, sowie ansehnliche Mengen von Halbfabrikaten der oberschlesischen Hüttenindustrie. Ostdeutschlands Gegenlieferungen sind vor allem Produkte der Berliner Elektroindustrie, also Installationsanlagen, elektrische Maschinen und Apparate, ferner Erzeugnisse der sächsischen Maschinenindustrie, besonders Textilmaschinen für die polnische Baumwoll-, Woll- und Kunstseiden-Fabriken. Auch mitteldeutscher Kalidünger soll mehr als bisher der Rationalisierung der poln. Landwirtschaft dienen. Polen soll Ostdeutschlands Handelspartner Nr. 1 werden, und die Ostzone rückt ihrerseits zu einem wichtigen Wirtschaftskontrahenten des neuen Polen auf und wird unmittelbar hinter der SU rangieren. Bemerkenswert ist, daß die Vertreter der Ostzone nur geringen Wert auf poln. Lebensmittellieferungen legten und viel größeres Interesse an der Versorgung der Industrie ihrer Zone mit Brennstoff, Rohmaterialien und Halbfabrikaten zeigten.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Mai 1949

RESTRICTED

No. 133

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Interzonenhandel. Die Meldungen über die Wiederaufnahme des Handels zwischen den drei Westzonen und der Ostzone sind zumindest verfrüht. Trotz Aufhebung der Blockade ruht vorläufig jeglicher Warenaustausch weiter, solange nicht zwischen dem Zweimächtekontrollamt und der SMA Einzelheiten über den Handelsverkehr vereinbart werden. Insbesondere muß die Frage der Bewertung der Ostmark geregelt werden und eine Entscheidung über die Fortführung des noch unerledigten Wiadener und Berliner Handelsabkommen fallen. Weiterhin bereitet die starke Diskrepanz zwischen ost- und westdeutschen Preisen erhebliche Schwierigkeiten bei der Verrechnung. Die Verwaltung für Wirtschaft hat ihrerseits Pläne für den Warenaustausch ausgearbeitet, die aber ohne nähere Anweisung der Mil.Reg. nicht veröffentlicht werden können. Der Handel zwischen West-Berlin und Westdeutschland dagegen wird im vollen Umfang aufgenommen. Gleichzeitig wird die Ostzone mit West-Berlin Handelsbeziehungen aufnehmen, wobei der freie Wechselkurs zugrundegelegt wird. So hat sich die Ostzone schon jetzt bereit erklärt an West-Berlin größere Mengen Frischkartoffeln zu liefern, während die Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt die vorgesehenen Frischkartoffeln kaum mehr absetzen wird. Allgemein glaubt man in wirtschaftspolitischen Kreisen Frankfurts, daß West-Berlin nun die große Mittlerrolle zwischen dem Ost-Westhandel einnehmen wird, solange kein umfassendes Übereinkommen getroffen ist.

Allgem. Ztg. vom 11. Mai 1949

Ostzonenpolizei. Unter den Angehörigen der Ostzonenpolizei, die an den jetzigen Frühjahrsmanövern teilnahmen, befanden sich auch 250 Panzerfahrer der früheren deutschen Wehrmacht. Sie erhielten eine Spezialausbildung für ihren Einsatz in Griechenland. Weitere 3 000 der kampftüchtigsten Volkspolizisten werden laufend nach Griechenland in Marsch gesetzt. Nach Aussagen geprüfelter "Freiwilliger" erhalten diese Volkspolizisten einen monatlichen Sold in Höhe von 500,- OM. Ihren Angehörigen wird für die Dauer des Griecheneinsatzes ein Zuschuß bewährt, der monatlich 200 bis 350 OM beträgt. Fällt der Freiwillige, so wird den Angehörigen eine Afindungssumme ausbezahlt, die - je nach Dienstgrad - zwischen 800 und 1 200 OM liegt.

Telegraf vom 30. April 1949

Heizung mit Kohlenstaub. In Stendal wurde die erste Lokomotive in Dienst gestellt, die mit Kohlenstaubfeuerung geheizt wird. Im Kreise der Verwaltung der Eisenbahn in der Ostzone wird mit einer großen Kohleneinsparung durch diese Einrichtung gerechnet. Die Feueranlage der Lokomotive wird in einer offiziellen Verlautbarung als einmalige Erfindung bezeichnet. Künftig soll jeden Monat eine Schnellzuglokomotive auf die neue Feuerungsart umgestellt werden.

Neue Volks-Ztg. vom 11. Mai 1949

Neue Elektro-Großmotoren-Produktion. Im volkseigenen "Elektrowerk" in Varnitzrode ist jetzt die Produktion von Elektro-Großmotoren angelaufen. Ab Mai sollen monatlich rund 2 400 Elektro-Großmotoren hergestellt werden. Die Zahl der Belegschaftsangehörigen ist seit 1948 von 538 auf gegenwärtig 1040 angestiegen und soll bis Ende d.J. auf 1750 erhöht werden.

Neues Deutschland vom 3. Mai 1949

Der Oberbürgermeister Ost-Berlins, EBERT, gab bekannt, daß der Magistrat im Ostsektor einen Zehnjahresplan für den Wiederaufbau der Hauptstadt Deutschlands ausarbeite. Zur Förderung des erfolgreichen Aufbaues Berlins werde der Magistrat im Jahre 1949 eine 100-Mill. OM Anleihe auflegen.

Telegraf vom 30. April 49

Die DNK hat den Zusammenschluß der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe zu je einer Vereinigung für pflanzliche und für tierische Erzeugnisse angeordnet. Die Vereinigungen sind Anstalten öffentlichen Rechts; ihr Hauptsitz ist Berlin. Ihnen obliegt die Erfassung und der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Ostzone. Sie werden in den Ländern Landeskontore und in den Kreisen Geschäftsstellen errichten, und sie sind berechtigt, mit Genossenschaften und Privatbetrieben, die bisher in der Erfassung tätig waren, Verträge über den Aufkauf und die Lagerung freier Spitzen abzuschließen. Die Verwendung der aufgekauften Erzeugnisse regelt die DNK. Der erhöhte Erlös aus dem Verkauf der freien Spitzen an die Vereinigungen unterliegt der Einkommen- und Umsatzsteuer nach bes. Vorschrift.

Wirtschaftsrev. vom 6. Mai 49

STAT

No. 8

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 4. Mai 1949

Im Wirtschaftsrat erstattete heute Oberdirektor Dr. PUENDER Bericht über die Probleme, die für die deutsche Wirtschaft durch die Washingtoner Entscheidungen über Demontagen und Industriebeschränkungen entstanden sind. Dr. Pünder sagte, Deutschland kenne kein größeres Ziel, als selbst vom Ertrag seiner Arbeit zu leben und durch seine Arbeit zum Wohlstand aller anderen Völker beizutragen. Aber weder die Deutschen noch die Siegermächte dürften vergessen, daß Deutschland mehr zerstört sei als irgendein anderes Land der Erde und daß auf viel engerem Raum mehr Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen müßten als in dem Deutschland des Jahres 1936, dessen industrielles und landwirtschaftliches Potential weit größer gewesen sei. Dr. Pünder würdigte die erfreulichen Schritte auf dem Wege zur Wiederauflebung der deutschen Wirtschaft, die durch die Genehmigung zur Aluminiumherstellung, die beschränkte Zulassung der Kugellagerproduktion sowie die Erlaubnis zum Bau gewisser Handelsschiffe gekennzeichnet sind. Andererseits wies er darauf hin, daß die deutsche Chemiewirtschaft verkümmern müsse, wenn es auf die Dauer bei dem Verbot des Bergius-Hydrier-Verfahrens, der Fischer-Tropsch-Synthese und der Herstellung von künstlichem Gummi bliebe. Die acht noch zu demontierenden Werke (darunter die August-Thyssen-Hütte) hätten einen Reparationswert von mehr als zwei Drittel des Gesamtreparationswertes. Das sei für uns um so schmerzlicher, als sie zu den modernsten und damit rentabelsten Europas gehörten. Wie bedeutungsvoll das für uns sei, ergebe sich daraus, daß wir bei wichtigsten Erzeugnissen bereits heute weit über den Preisen anderer Länder lägen.

Dr. Pünder bat die Mil. Gouverneure erneut, mit der Durchführung von Demontagen keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Es würde dem Sicherheitsbedürfnis und der gewünschten deutschen Industriekapazität in jeder Weise entsprechen, wenn die heute zur Demontage bestimmten Werke lediglich stillgelegt werden würden.

Der Redaktionsausschuß des Parl. Rates hat die Formulierung der in Frankfurt getroffenen Vereinbarungen fertiggestellt. Im Anschluß daran wurden interfraktionelle Besprechungen abgehalten, die als erfolgreich bezeichnet werden. In den Beratungen seien lediglich die Fragen des Elternrechts und des Schulwesens noch nicht entschieden. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Abgeordneten Dr. LOEWENTHAL einstimmig ausgeschlossen. Grund zu dieser Maßnahme ist ein von Löwenthal im Berliner "Tagesspiegel" veröffentlichter Artikel. In ihm sind nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion entscheidende Vorgänge der Sitzungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Hannover falsch dargestellt worden.

Der "Gautinger Kreis" erklärte, daß Dr. Hundhammers Äußerungen mit den Zielen der CSU unvereinbar seien. Für Separatisten sei in der Partei kein Platz. Es heißt jedoch weiter, daß das Grundgesetz in dieser Fassung nicht angenommen werden könnte.

Sender Stuttgart vom 5. Mai 1949

Die vier Delegierten haben sich gestern abend in New York geeinigt, die Berliner Blockade am 12. Mai aufzuheben. Gleichzeitig soll die von den Westmächten verhängte Gegenblockade beendet werden. Am 24. Mai soll die Außenministerkonferenz in Paris beginnen.

Oberbürgermeister REUTER nannte die Aufhebung einen Wendepunkt in der Weltgeschichte. Nun sei der Weg frei für eine einheitliche Verwaltung Berlins nach demokratischen Grundsätzen.

SCHREIBER hält auch jetzt noch eine gewisse Skepsis für angebracht. Es sei jedoch zu hoffen, daß bei der Außenministerkonferenz ein vernünftiges Resultat erzielt werde. -

Die Landesleitung der bayerischen Partei kritisierte gestern erneut die Arbeit des Parl. Rates. Sie veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt: Der Versuch, das westdeutsche Grundgesetz einzuführen, ist ein Verfassungsbruch. Die Bonner Verfassung ist separatistisch, da sie nicht allen deutschen Ländern den Zusammenschluß zu einem Staatenbund ermöglicht.

RESTRICTED

No. 9

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Stuttgart vom 5. Mai 1949

Das Ergebnis der Verhandlungen in New York hat naturgemäß ein starkes Echo. Während Politiker zeigen sich befriedigt über das Resultat. Die positive Entwicklung wird in hohem Maße der Haltung der Berliner Bevölkerung zugeschrieben. Oberbürgermeister Reuter erklärte, daß nun der Weg offen stehe für die Wiederherstellung einer einheitlichen Berliner Verwaltung, aufgebaut auf demokratischen Grundsätzen und freien Wahlen. Das offensichtliche Scheitern aller Versuche, ganz Berlin in die sowjetische Zone einzugliedern, bedeute einen großen Erfolg für ganz Deutschland. Er sagte wörtlich: Wir werden Wahlen in Berlin und in der Ostzone fordern. Dies ist der wirkliche Beginn des Tauziehens zwischen Ost und West." Mit dem Magistrat des Ostsektors werde er nicht zusammenarbeiten.

Auch Justizminister Dr. BEYERLE nahm zur Blockadeaufhebung Stellung. Er sagte, er hoffe, daß durch die Beseitigung nicht nur die Berliner Bevölkerung, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone in ein normales Verhältnis kommen. - Dr. ADENAUER warnte vor allzu großem Optimismus. Er äußerte Zweifel über die Aussichten für eine restlose Beseitigung aller Zonenschranken zwischen Ost- und Westdeutschland. Die russische Bereitwilligkeit, tatsächlich und weitgehend Verständigung mit dem Westen zu erzielen, sei zu bezweifeln.

In den interfraktionellen Besprechungen wurde Einigung in den Artikeln der Schulreform und des Elternrechts erzielt. Danach soll der Religionsunterricht mit Ausnahme der Bekenntnisschule ordentliches Schulfach werden.

Dr. Horlacher hat für kommenden Mittwoch den Landtag einberufen, damit Dr. Ehard zu den Äußerungen Dr. Pundhammers Stellung nehmen kann. Der Landesvorstand der CSU stellte fest, daß die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung über die separatistischen Umtriebe empört sei, weil sie die deutsche Not- und Schicksalsgemeinschaft gefährde. - Der Hauptausschuß stimmte dem Antrag zu, die Todesstrafe abzuschaffen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. LÖWENTHAL, der wegen eines von ihm verfaßten Artikels in der Berliner Zeitung "Tagesspiegel" von den Arbeiten des Bonner Rates ausgeschlossen worden ist, hat seinen Austritt aus der SPD erklärt.

Sender Stuttgart vom 6. Mai 1949

Min. Präs. Dr. EHARD erklärte gestern, Bayern werde bis zum Ende für diejenigen Prinzipien kämpfen, von denen es glaube, daß sie im Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Bayern würde sich jedoch bei Ablehnung seiner Vorschläge dem Willen der Mehrheit beugen.

Der Parlamentarische Rat will heute das Grundgesetz endgültig verabschieden. Dr. Carlo Schmidt äußerte, der Rat könne seine Arbeiten beschleunigen, weil sich die Parteien geeinigt hätten. Über das Wahlgesetz und den Sitz der Bundeshauptstadt soll am Dienstag entschieden werden.

Zu Bevins morgigem Berliner Besuch äußerte sich Oberbürgermeister REUTER, im Hinblick auf die kommenden Viermächtebesprechungen wisse die Bevölkerung den Besuch des britischen Außenministers zu schätzen.

Sender Stuttgart vom 7. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat hat gestern das Grundgesetz in der 2. Lesung mit 47 gegen 2 Stimmen angenommen. 8 Abgeordnete der CSU enthielten sich der Stimme. Morgen nachmittag soll die 3. Lesung beginnen. Das Plenum hat beschlossen, einen Überleitungsausschuß zu bilden, der die Wirtschaft der westdeutschen Regierung führen soll, bis der 1. Bundestag zusammengetreten ist. Ferner ist beschlossen worden, das Grundgesetz durch die Landtage zu ratifizieren.

Der 6. Parteitag der SPD Berlin ist heute im amerik. Sektor eröffnet worden. MATTIK erklärte, dieser Parteitag werde in einer historischen Stunde abgehalten. Die Berliner hätten ohne die wirksame Hilfe der Westmächte ihre Freiheit nicht zurückgewonnen. Neumann wurde beauftragt, Außenmin. Bevin zu einem kurzen Besuch des Parteitages einzuladen. Mit dieser Einladung soll die Verbundenheit der SPD mit der Labourparty zum Ausdruck gebracht werden.

RESTRICTED

No. 10 Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Stuttgart vom 9. Mai 1949

Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates verabschiedete heute gegen acht Stimmen der CDU - CSU und einer DP-Stimme den Wahlgesetzentwurf. Die Gesetzesvorlage wird morgen vom Plenum endgültig verabschiedet werden. Der Entwurf stellt lediglich Rahmenvorschriften für die Wahl zum ersten Bundestag und des ersten Bundespräsidenten auf, die den einzelnen Ländern eine Grundlage für ihre Wahlgesetzgebung bieten sollen. Der Entwurf sieht die Wahl von 200 Bundestagsabgeordneten nach dem Mehrheitswahlssystem in Einzelwahlkreisen vor. Die andere Hälfte soll über Landeslisten nach dem Verhältniswahlprinzip in das Bundesparlament gewählt werden.

Das Plenum wird morgen über den Sitz der Regierung verhandeln. Wie verlautet, sind Bonn und Frankfurt in die engere Wahl gezogen worden. Das Grundgesetz ist den Militärgouverneuren überreicht worden. Sie werden es voraussichtlich am kommenden Donnerstag billigen.

Die Ministerpräsidenten der Westzonen werden in das Saarland zusammenkommen, um über die Ratifizierung des Grundgesetzes durch die Landtage zu beraten. Laut Süddeutsche sind maßgebende parlamentarische Kreise Südbadens der Meinung, daß eine Volksabstimmung über das Grundgesetz abgehalten werden müsse, wenn die Landesverfassung beachtet werden solle. Nur ein Befehl der französischen Behörden könnte Baden von der Einhaltung seiner Landesverfassung entbinden.

Eine Delegation des Parlamentarischen Rates wird am Mittwoch nach Berlin fahren, um der Stadt Glückwünsche zu überbringen. Sie wird auch an einer Kundgebung teilnehmen, die der Westberliner Magistrat für Donnerstag nachmittag ausgerufen hat.

Hans JENDRITZKI (SED) hat sich für eine Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westmagistrat eingesetzt. Auf einer Funktionärkonferenz der SED schlug er vor, daß sich fünf Vertreter der beiden Berliner Verwaltungen zu Vorbesprechungen treffen sollten.

Min.Präs. STROCK erklärte, das Grundgesetz sei als vorläufige Arbeit zu betrachten, da das Ziel immer Gesamt-Deutschland heißen werde. Die Arbeiten für eine Konsolidierung Westdeutschlands müßten schnell und zielbewußt vorstatten gehen. Es gelte, sobald wie möglich die Ratifizierung des Landtages einzuholen und eine westdeutsche Regierung zu schaffen.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz BRENZEL: Das int. Problem Nr. 1.

Sowichtig und aufschlußreich die innerdeutschen Probleme augenblicklich auch sind, so konzentriert sich doch alles auf die bevorstehende Tagung des Außenministerrates in Paris. Bis jetzt ist hauptsächlich davon die Rede gewesen, warum die SU die Blockade aufhebt und welches die Gründe sind, die zu dieser Entspannung beigetragen haben. In den Äußerungen und Artikeln ist alles abzulesen, was es an Auslegungen und Begründungen nur geben kann. Am besten ist es wohl, einen zwar zuversichtlichen, aber kühl temperierten Wirklichkeitssinn zu bewahren. Einige Politiker sind von der Aufrichtigkeit der SU überzeugt. Nun, das sind große Worte, und man kann nur wünschen, daß sie bestätigt werden würden. Uns aber dürfen die Erfahrungen gezeigt haben, erst dann an die Aufrichtigkeit zu glauben, wenn sie bewiesen worden ist. Und mit der Aufhebung der Blockade ist es allein nicht getan, damit ist höchstens ein rechtloser Zustand beseitigt worden.

Sehr bemerkenswert ist eine Sendung der UdSSR, in der es hieß, daß sich nach Beendigung des Krieges die Welt in zwei feindliche Lager gespalten habe, und zwar in das Lager der kapitalistischen Kriegstreiber und in das Friedenslager mit der UdSSR an der Spitze. Es hieß dann weiter, daß die Erfolge künftiger Verhandlungen von der Anerkennung einer Reihe berechtigter Forderungen der SU abhängen, so u.a. die Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates. Das ist nun eine sehr lapidare Forderung, mit der man viel oder auch gar nichts anfangen kann; denn die Errichtung eines einheitlichen Staates ist der Wunsch aller. Es kommt nur darauf an, unter welchen Voraussetzungen dieser Staat einheitlich sein soll. Wenn man an die riesigen Schwierigkeiten denkt, dann ist es wohl das Beste, ruhig alles zu erhoffen, aber nicht von vornherein alles zu erwarten. Widerleaste Skepsis ist besser als enttäuschter Optimismus.

RESTRICTED

No. 11

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Stuttgart vom 10. Mai 1949

Die endgültige Entscheidung über das Wahlgesetz und den Sitz der Bundesregierung ist noch nicht gefallen. Der Rat wird jedoch das Wahlgesetz noch heute endgültig verabschieden. Abgeordneter BECKER bat, das Wahlgesetz in der vorliegenden Fassung anzunehmen, und forderte die CSU/GDU Fraktion auf, sich das geplante scharfe Nein noch einmal zu überlegen.

Paul LOEBE kritisierte die Arbeit des Parlamentarischen Rates. Er erklärte, das Grundgesetz sei gegenüber der Weimarer Verfassung in vielen Punkten ein Rücktritt. Die provisorische Verfassung hätte jedoch anders ausgesehen, wenn das protestantische Ostdeutschland Gelegenheit gehabt hätte, an den Arbeiten teilzunehmen.

Dr. SUHR erklärte, nach Aufhebung der Blockade müsse zunächst die Spaltung Berlins beseitigt werden. Die neue Berliner Verfassung sollte erst nach Herstellung normaler Verhältnisse in Anwendung kommen. Voraussetzung für die Wiedervereinigung Ost- und Westberlins sei der Rücktritt des gesamten Ostmagistrats.

Berlins Bürgermeister Dr. BRISDENBURG erklärte, Berlin dürfe nicht als 12. Land in den Bund aufgenommen werden. Es müsse vielmehr die Hauptstadt West- und Ostdeutschlands werden. Es sei die Aufgabe Berlins, sich nicht einseitig festzulegen. Er forderte die Ausschreibung neuer Wahlen.

Die ostzonale Eisenbahnverwaltung will in Zukunft ihre gesamten Westmarkeneinnahmen dem Berliner Westmagistrat zur Verfügung stellen. Dieser wird dafür die auf Ostmark lautenden Gehälter der Westberliner Eisenbahner umtauschen.

ARNOLD erklärte, er habe mit Levin wichtige Wirtschaftsprobleme des Ruhrgebiets erörtert. Außerdem sei die Frage der Westgrenze besprochen worden.

Heute morgen wurde auf Befehl der SMA die Stromversorgung in einigen Gebieten Westberlins wieder aufgenommen. Man hofft, daß die Versorgung bis Donnerstag wieder normal ist.

Das Grundgesetz liegt zur Zeit den Mil.Couv. vor. Es wird damit gerechnet, daß sie schnell ihre Zustimmung erteilen werden.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz KRENZEL: Voraussetzung für die Einheit Deutschlands.

Tenn Sie, und insbesondere unsere Freunde in der Ostzone, die Übertragung der Sitzung des Parl. Rates gehört haben, dann werden Sie an den ergreifenden Worten des Abgeordneten Paul Loebé festgestellt haben, wie sehr das Schicksal der Ostdeutschen den Politikern der Westzonen am Herzen liegt. Aber nicht nur die gewählten Vertreter der Bevölkerung, sondern wir alle sind eines Sinnes in dem Wunsch, die unheilvolle Zerreißen Deutschlands beendet zu sehen und recht bald wieder vereint zu sein. Daß dieser Wunsch in der Ostzone noch größer ist, wen wollte das verwundern. Für sie ist jede Änderung eine Verbesserung; denn wenn das, was sie seit Jahr und Tag erleben, nur noch einige Jahre so andauert, werden Schanden entstehen, die in einer ganzen Generation nicht wieder gut zu machen sind. Wie ich gestern sagte, ist es nicht allein damit getan, jetzt die Einheit Deutschlands zu fordern, sondern man muß sehr ernsthaft überlegen, was erstrebenswert ist. Dabei kommt es nicht so auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen an. Sicherlich würden wir hier zunächst einmal abgeben müssen, um den dringenden Bedarf abzuwehren, aber was will das schon heißen. Ungezählte würden nur zu gern bereit sein, damit sich die so schrecklich unterernährten Kinder der Ostzone endlich einmal wieder satt essen könnten. Viel wichtiger sind die politischen Voraussetzungen, die der Westen unbedingt fordern muß. Schließlich ist niemandem geholfen, wenn das dortige System auf ganz Deutschland übergeht. Welches sind nun diese Voraussetzungen? Zunächst müssen die Sowjets dazu geacht werden, in der Ostzone wirklich freie Wahlen zuzulassen. Sie müssen sich auch damit einverstanden erklären, die SPD wieder zuzulassen und die CDU und LDP wieder eine freie Politik treiben zu lassen. Des weitern müssen die KZ's aufgelöst werden. Dazu kommen Garantien für die dt. Grenze, aber nicht die Oder-Weißer-Grenze, sondern eine Grenze, die weiter ostwärts liegt. Ob die SU zu bewegen sein wird, zuzustimmen, kann niemand wissen. Die ersten Verhandlungstage werden aber die allgemeine Richtung erkennen lassen. Bis dahin müssen wir uns in Geduld fassen und ohne zu viel zu erwarten, trotzdem das Beste erhoffen.

No. 12

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

STAT

Sender Stuttgart vom 11. Mai 1949

Die Französische Regierung hat sich mit gewissen Einschränkungen mit dem vom Parl. Rat in Bonn ausgearbeiteten Grundgesetz-Entwurf einverstanden erklärt.

Eine Delegation des Parl. Rates wird heute nach Berlin fliegen, um an den Feierlichkeiten anlässlich der Aufhebung der Blockade teilzunehmen. Zwei Vertreter der Stadt Bonn werden morgen Oberbürgermeister Reuter die Grüße der provisorischen Bundeshauptstadt überbringen.

Bekanntlich war am Dienstag Bonn mit 32 gegen 29 Stimmen zum vorläufigen Sitz der Bundesorgane gewählt worden.

STHR erklärte, Berlin hätte sich damit abgefunden, daß der Sitz der Bundesregierung im Westen liegen müsse. Die Wahl sei auch ein politisches Problem gewesen. Ob die Wahl günstig sei, müsse die Zukunft beweisen.

STOCK hält es für unmöglich, daß Bonn die gesamte Verwaltung aufnehmen kann. Er hofft, daß diese Entscheidung später korrigiert wird.

Paul LOEBBE sagte, Berlin habe den einzigen Wunsch, die Bundesorgane so schnell wie möglich aufzunehmen.

KAISER äußerte sich anerkennend über die Wahl. Er sei davon überzeugt, daß die Entscheidung des Rates richtig sei.

Carlo SCUKID erklärte, die Konstituierung einer westdeutschen Regierung sei nicht vor Sept. d.J. zu erwarten. Es werde aber noch lange Zeit dauern, bis die Regierung tatsächlich aktionsfähig sei. Nach ihrer Konstituierung müsse sie sich zunächst einmal die elementarsten Dinge beschaffen. Es sei ein weiter Weg von den primitivsten Aufbauarbeiten bis zur Unterzeichnung des ersten Regierungserlasses.

Über die Aufgabe des Exekutivausschusses hat sich ADENAUER geäußert. Er sagte, dieser Ausschuß werde keine politischen Funktionen ausüben. Er müsse als Verbindungsstelle und als beratende Organisation angesehen werden.

NUSCHKE erklärte vor Pressevertretern, nur der Volksrat werde als die einzige nationale Repräsentation die Einheit Deutschlands errichten oder erzwingen. - Die Verfassung der Ostzone werde vorläufig noch nicht in Kraft gesetzt.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz WRENZEL: Das Ende der Berliner Blockade.

In wenigen Stunden wird es soweit sein. Dann werden in Marienborn, bei Sonneberg und an vielen weiteren Orten die Schlagbäume geöffnet und nicht nur die ersten Züge und Transporte nach Berlin rollen, sondern der gesamte Interzonenverkehr wird so aufgenommen werden, wie er vor dem 1. März 1948 ablief. Vielleicht ist es müßig darüber nachzudenken, was die Berliner momentan empfinden werden. Sie werden wohl zunächst nur einmal aufatmen und zufrieden sein, daß alles vorüber ist. Und mit ihnen können wir selbst auch aufatmen, denn die Aufhebung der Blockade ist doch eine sehr fühlbare Entspannung der internationalen Lage überhaupt. Es wäre fehl am Platze, nun vom Sieg der einen Seite und von der Niederlage der anderen zu sprechen. Natürlich ist die Aufhebung nicht zum geringsten der Erfolg der Standhaftigkeit der Berliner Bevölkerung und sie ist zweifellos ein Sieg der konsequenten Politik der Westmächte. Zweifellos hat die Luftbrücke die Blockade gegen Berlin unwirksam gemacht, obwohl auch diese kein Dauerzustand sein konnte. Doch weder die Unmöglichkeit, Berlin zu blockieren, noch die Auswirkungen der Gegenblockade dürften dazu geführt haben, daß es zu einem gewissen russisch-amerikanischen Übereinkommen kam. Denn es ist doch so, daß die Blockade vom westlichen Standpunkt aus gesehen auch ihre positiven Punkte hatte. Die Westmächte schlossen sich enger aneinander, der Atlantikpakt kam zustande, und nicht zuletzt hat sie die Vorbereitungen für einen westdeutschen Bundesstaat beschleunigt und uns in Westdeutschland wieder ein Stück vorwärts gebracht. Dadurch ist nun die SW in eine alternative Situation geraten, was keineswegs im sowjetischen Interesse liegen konnte. Um zu verhindern, daß das sehr respectable Industriepotential Westdeutschlands allein den Westmächten zugute kommt und Ostdeutschland sich eng an den Westen anschließt, beschloß man, ein neues Treffen zu vereinbaren, das mit der Aufhebung der Blockade verbunden war. Wir wollen hoffen, daß die Position des Westens recht stabil bleibt, dann besteht gewiß guter Grund, der Außenministerkonferenz zwar mit gemäßigter Zuversicht, aber doch immerhin ohne Besorgnisse entgegenzusehen.

RESTRICTED

No. 90 Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 3. Mai 1949

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Feinkehrertransport mit 1 077 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ist in der Oderstadt eingetroffen. Gleichzeitig wurden 963 t Butter und Butterschmalz geliefert, die sofort nach Berlin, Dresden und Leipzig weitergeleitet wurden. Außerdem sind 4 sowjetische Traktoren übernommen worden. Damit sind insgesamt 998 von den 1 000 Traktoren eingetroffen.

Berlin: Das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" schreibt heute in seinem Leitartikel: Mit großem Interesse verfolgt die breite Öffentlichkeit die Versuche, die Viermächteverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die Ztg. wirft dann die Frage auf, ob die amerikanischen Bemühungen dieses Mal wohl ehrlich gemeint seien. Es werden dann eine Reihe von Umständen angeführt, so z. B. der immer lauter werdende Ruf nach der Einheit Deutschlands, denen zu entnehmen ist, daß ernstlich verhandelt wird.

Moskau: Die der SED angehörenden Mitglieder der sich augenblicklich in Moskau befindlichen deutschen Delegation haben der SED anlässlich ihrer 32. Tagung ein Telegramm gesandt, in dem sie den Friedenswillen des sowjetischen Volkes preisen. Sie versichern, nach ihrer Rückkehr noch stärker als bisher gegen die Kriegstreiber kämpfen zu wollen.

Kottbus: Die Arbeiter und Angestellten der Reichsbahnausbesserungswerke Halle und Kottbus stehen im Leistungswettbewerb. Ziele dieses Wettbewerbs sind: Erfüllung des Ausbesserungsolls mit mindestens 110 %, Senkung der Selbstkosten und Intensivierung der Aktivistenbewegung.

Sender Leipzig vom 4. Mai 1949

Leipzig: Anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress werden am 13. und 14. Mai überall in Sachsen Kundgebungen durchgeführt. So werden am 13. Mai in Leipzig Herbert Warnke und in Aus Oberbürgermeister Ebert sprechen, während in Görlitz sich Hermann Matern für die Volkskongresswahl einsetzen wird. Am 14. sprechen Nuschke in Leipzig und Grobwohl in Dresden.

Berlin: Die Delegation der Ruhrbergarbeiter, die anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai in Berlin weilte, gab eine Erklärung zu der bevorstehenden Wahl ab. "Auch die Werktätigen an Rhein und Ruhr lassen den Krieg und wollen den Frieden. Die Volkskongresswahlen geben uns eine entscheidende Waffe in die Hand, mit der wir die Zukunft Deutschlands gestalten können". Die Delegationsmitglieder verpflichteten sich, die Bevölkerung in den westdeutschen Industriegeieten aufzufordern, an den Wahlen teilzunehmen.

Dresden: Zwei weitere Kulturheime der MAS sind in Chemnitz und Hoyerswerda eröffnet worden. Die erste große Kulturveranstaltung findet am 8. Mai statt.

Halle: 13 000 Jugendliche sind seit Februar d.J. in Sachsen-Anhalt der PDJ beigetreten. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder auf 145000 erhöht.

Weimar: Die gesamte Frühjahrsbestellung Thüringens ist zu 96 % erfüllt.

Sender Leipzig vom 5. Mai 1949

Der Sender gab die ersten Stimmen zum veröffentlichten Wortlaut des Kommuniqués durch.

So erklärte Dr. HAMANN von der LDP, die Aufhebung lasse vor allem das deutsche Volk erleichtert aufatmen. Ohne die verständnisvolle ruhige sowjetische Politik wäre es jedoch nicht zu diesen Lösungen gekommen. Der Berliner Magistrat beglückwünschte die Bevölkerung zu dem ersten Ergebnis der Besprechungen. Er betonte, die Ergebnisse der alliierten Beratungen werden umso fruchtbarer sein, je entschlossener die Berliner Bevölkerung den Kampf gegen die Spaltung und für ein einheitliches Deutschland, für einen gerechten Frieden und den Abzug der Besatzungstruppen fortführe.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 91

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 7. Mai 1949

Berlin: Im Zusammenhang mit der Einigung der Besatzungsmächte sandte das Präsidium des Deutschen Volksrates ein Telegramm an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonenwirtschaftsrat. Darin schlägt das Präsidium den beiden Körperschaften vor, zu gemeinsamen Beratungen nach Braunschweig oder irgendeinem anderen Ort zusammenzukommen. Es wird betont, daß die seinerzeitige Aufforderung beim ganzen deutschen Volk lebhaft Zustimmung gefunden habe. Es sollen vor allem Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet erörtert werden. Die Ergebnisse sollen in Form eines Memorandums der Außenministerkonferenz am 23. in Paris überreicht werden. Abschließend wird bemerkt, daß Eile geboten ist, da nur ein einiges Deutschland die Einheit und Zukunft sichern kann.

Bonn: Die KPD-Fraktion hat einen Antrag beigebracht, in dem erneut die Verbindung mit dem Deutschen Volksrat gefordert wird. In gemeinsamen Verhandlungen soll über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gesprochen werden.

Prag: Die tschechoslowakische Presse befaßt sich weiterhin mit dem veröffentlichten Kommuniqué. Es wird vor der Naivität gewarnt zu glauben, daß bereits alles in bester Ordnung sei; dafür sei die Welt schon viel zu oft enttäuscht worden.

Berlin: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation, die zu den Parteileitern in der UdSSR weilte, ist wieder in Berlin eingetroffen. Nach ihrer Ankunft erklärte Herbert WARWKE, daß der Empfang der deutschen Delegation durch die sowjetische Bevölkerung überaus herzlich gewesen sei.

Frankfurt a.O.: Ein neuer Transport mit 667 Heimkehrern aus Polen traf heute ein. Die Heimkehrer wurden ins Lager Wölfen (S.-A.) weitergeleitet, von wo sie in ihre Heimatorte entlassen werden.

Auszüge aus dem Kommentar von Herbert GESSNER, der mit einer Delegation in Rußland weilte.

Etwa drei Wochen vor meiner Aoreise las ich einen Bericht über das Leben in Moskau. Darin hieß es, daß die Schaufenster zwar zum Bersten gefüllt seien, doch wenn man näher hinschaue, diese waren nur Attrappen seien. Es stimmt, daß in den Schaufenstern aller Lebensmittelgeschäfte nur Attrappen ausgestellt sind. Man macht dies jedoch aus hygienischen Gründen. Geht man in die Geschäfte hinein, kann man alles in natura kaufen. Ich las weiter, daß in den Theatern nur Propagandastücke aufgeführt werden, die sich kaum jemand ansehen würde. Ich konnte selbst feststellen, daß schon in den frühen Vormittagsstunden Schlangen vor den Theaterkassen stehen und Menschen, die keine Karten mehr erhalten, enttäuscht nach Hause gehen. - Dann hieß es weiter, daß die Kritik an Regierungsstellen verboten sei. Schlagen Sie einmal die Prawda auf. Neben Artikeln, in denen die Leistungen einzelner oder Organisationen gelobt werden, finden Sie schärfste Kritik an Dingen aller Art. Da wird ein ~~Komminat~~ Komminat angegriffen, weil die Qualität nachgelassen hat usw. usw.

Berner wurde angeführt, daß der sowjetische Arbeiter unter schlechten Wohnverhältnissen lebe. Es ist richtig, daß er auf sehr gedrücktem Raum leben muß und in Häusern, die unmodern sind. Aber überall wird fieberhaft an der Errichtung modernster Wohnblocks gearbeitet. In Moskau würde wohl keine Wohnungsnot mehr herrschen, wenn die Arbeiter nicht vier Jahre lang lahm gelegen hätten. - Nach dem Artikel muß es scheinen, als ob die Russen nur roboters sind. Bei einem Gang durch Moskau sieht man, daß die amerikanische Presse lügt. Die Russen lassen sich jedoch von der antisowjetischen Hetze nicht beeinflussen. Diese Artikel sind für Menschen bestimmt, die sie nicht kontrollieren können. -

Die Russen sind ein friedliches, arbeitsames Volk, darum laßt uns Freundschaft mit ihm schließen. Ein demokratisches Deutschland, das sich noch einmal gegen das sowjetische Volk hetzen läßt, würde untergehen, wie alles untergeht, das in die Vergangenheit blickt und nicht in die Zukunft. Wir haben die Wahrheit gesehen und wir wissen, daß sie am Ende noch immer gesiegt hat.

No. 92

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 9. Mai 1949

Berlin: Über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen usw. hat General TSCHIKOW einen grundlegenden Befehl erlassen. Darin wird ausgeführt, daß die bis zum 1. März 1948 für die Verbindungen und den Verkehr und Handel zwischen Berlin, der Ostzone und Westdeutschland gültigen Bestimmungen wieder hergestellt werden. Für die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren Berlins und der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen in Berlin ist der Verkehr über die Eisenbahnstrecke Berlin - Magdeburg - Helmstedt mit 16 Zügen täglich gemäß dem Kontrollratsbeschuß vom September 1945 wieder herzustellen. Angehörige der westlichen Besatzungsmächte in Berlin können wieder die Autobahn Berlin - Magdeburg - Helmstedt benutzen und die Kontrollpunkte Marienborn und Mowawes ohne Passierschein überschreiten. Ihr Gepäck wird ebenso wie Militärfracht nicht kontrolliert. Im Warenverkehr zwischen der Ostzone, Berlin und Westdeutschland soll das vor dem März 1948 übliche Verfahren wieder Gültigkeit haben. Danach müssen den Frachtwagen Warenbeweiserbriefe beigelegt werden. Bis zur Lösung der Nahrungfrage in Berlin soll das bestehende Verfahren für die Witnahme der Ostmark, der Westmark und anderer Zahlungsmittel über die Demarkationslinie aufrechterhalten bleiben. In Berlin sind die Polizeikontrollen aufzuheben. Der Befehl tritt am 12. Mai um 0,01 Uhr in Kraft.

Berlin: Die Annahme des sogenannten Grundgesetzes bezeichnete MUSCHKE als einen neuen Beweis dafür, daß die westdeutschen Politiker immer wieder versuchen, die Bestrebungen nach der Einheit Deutschlands zu sabotieren.

GROTTWOHL bezeichnete die Annahme des Grundgesetzes als eine Barrikade für die Pariser Verhandlungen. Damit sei eine Entscheidung getroffen worden, die nicht den Interessen des deutschen Volkes entspräche. Darüberhinaus sei der Schritt zur endgültigen Spaltung getan worden. Dem Präsidium des Deutschen Volksrates schlug er vor, das abgesandte Telegramm betreffend gemeinsame Verhandlungen über deutsche Probleme noch einmal allen westdeutschen Parteien, Organisationen und Jugendverbänden zugehen zu lassen und den 20. Mai als Verhandlungstermin vorzuschlagen.

Berlin: Die DM hat zur besseren Versorgung der Bevölkerung eine Reihe von Artikeln aus der Punkt- bzw. Bezugsscheinliste genommen. So sind Krawatten, Pelzmäntel, eine gewisse Art von Handschuhen usw. punkt frei. Unter die bezugsscheinfreien Artikel fallen Rundfunkgeräte, Schreibmaschinen, Musikinstrumente usw.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz ZOEGLER:

Vor ca. drei Wochen sprach ich über die Interpellation der SPD zu den Bonner Verhandlungen. Zum Schluß bezeichnete ich Dr. Schumacher als Heuchler und Lügner im fremden Auftrag. Wie bekannt, hatte die SPD dem Bonner Parl. Kat einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt gehabt. Im übrigen wies ich nach, daß die Ausarbeitung der Verfassung im ausländischen Auftrag durchgeführt wurde. Kein anderer als Schumacher selbst hat dieses nun bestätigt. Über das gestern verabschiedete Grundgesetz, dem die SPD geschlossen zustimmte, sagte er, daß das Bonner Grundgesetz nicht dem Volkswillen entspräche, sondern auf außerdeutschen Einflüssen beruhe. Darum hat der Deutsche Volksrat erneut Einladungen an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonenwirtschaftsrat zu gemeinsamen Besprechungen abgesandt, um ein gesamtdeutsches Memorandum für die Außenministerkonferenz auszuarbeiten. Eine offizielle Antwort liegt noch nicht vor. Wie die Antwort lauten wird, darüber gibt es wohl keine Zweifel. Mit der ersten Ablehnung haben die westdeutschen Politiker nur deutlich unterstrichen, was schon zum Ausdruck kam. Sie wollen die Einheit Deutschlands nicht. Deshalb haben sie alles getan, um die Verfassung zum Abschluß zu bringen. Vor einer Volksabstimmung fürchten sie sich allerdings, weil sie wissen, daß die Bevölkerung diesen Weststaat ablehnen. Alle wollen die Einheit Deutschlands. Das geht aus unzähligen Artikeln immer wieder hervor. So schreibt die Niedersächsische Volksstimme: Wir wollen keinen Weststaat, der die Luft nur noch mehr vertieft. - Zweifellos hat der Friedenswille auf der Pariser Weltfriedenskonferenz die Verhandlungen wesentlich beeinflusst. Das wird auch die Volksabstimmung bei den kommenden Wahlen am 15./16. Mai, wenn alle Deutschen dem Volkswillen Nachdruck verleihen.

No. 93

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 10. Mai 1949

Leipzig: Die Industrie- und Handelskammern haben alle Betriebe aufgefordert, bei den kommenden Wahlen mit "Ja" zu stimmen. Der Deutsche Volkskongreß sei die gesamtdeutsche nationale Vertretung, darum gehöre ihr das Ja eines jeden Deutschen.

Erfurt: Der Landesauschuß Thüringens hat alle Deutschen aufgefordert, sich am 15. und 16. Mai der höchsten Verantwortung des Staatsbürgers voll bewußt zu sein. Jedes Ja müsse zu einer empörten Losung an die Kriegstreiber werden.

Berlin: Der freie Vertrieb der Presse wird nach DM in der Ostzone und im Ostsektor Berlins wieder aufgenommen.

Berlin: Der WPCB richtete an alle Werktätigen die Aufforderung, am kommenden Wochenende mit Ja zu stimmen, damit mit diesem Bekenntnis der am 23. Mai stattfindenden Außenministerkonferenz der feste Wille aller Werktätigen zum Ausdruck gebracht werde.

Frankfurt a.M.: Ein Transport mit 1 568 ehemaligen Kriegsgefangenen traf gestern aus der SU im Lager Cronenfelde ein.

Berlin: Über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln wird in dem gestern erlassenen Befehl General Tschuikows angeordnet, daß bis zur Lösung derährungsfrage die bestehenden Verfahren für die Mitnahme der Ostmark, der Westmark und anderer Zahlungsmittel über die Demarkationslinie aufrecht erhalten bleiben. Diese Verfahren stützen sich auf Anordnungen der DMK, die die Einführung von Westgeld in die Ostzone verboten und den Umtausch bis zur Höhe von 500,- DM vorschreiben, und zwar zum Kurse von 1 DM = 1,25 OW. Eine weitere Anordnung besagt, daß die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank weder aus- noch eingeführt werden darf. Lediglich Personen, die ihren ständigen Aufenthalt in der Ostzone haben, sind berechtigt, bei ihrer Ausreise einen Betrag bis zu 50 DM mit sich zu führen, der jedoch weder in den Westzonen noch im Ausland ausgegeben werden darf. Die darüber ausgestellte Bescheinigung dient als Unterlage für die Wiedereinfuhr. Überschießende Beträge können bei den Grenzkontrollstellen hinterlegt werden. - Die Einfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln in die Ostzone ist erlaubt. Personen, die ständig in der Ostzone wohnen, sind bei der Einreise in diese verpflichtet, ausländische Zahlungsmittel bei der Grenzkontrolle zum festgesetzten Kurse in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank umzutauschen. Zur Ausfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln sind sie nur berechtigt, wenn ihnen dies durch eine Bescheinigung der Deutschen Notenbank gestattet ist.

Der Kommentar war von Frau Dr. RONALD und befaßte sich mit dem Befehl General Tschuikows, der die Aufhebung der Beschränkungen anordnet, und schloß mit den Worten: Welche Bedeutung die Wiedereröffnung der Zonengrenzen auch hat, die DMK und die Frankfurter Wirtschaftsstellen haben es nunmehr in der Hand, durch neue Vereinbarungen den Interzonenhandel in Gang zu bringen. Hoffen wir, daß wir nicht wieder auf halber Strecke stehen bleiben. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und auch für die USA hat sich die Spalter-Politik als ein Bumerang erwiesen.

Sender Leipzig vom 11. Mai 1949

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat allen Parteien, Organisationen, Frauenverbänden usw. in den Westzonen ein Telegramm gesandt, in dem er zu gemeinsamen Besprechungen in Braunschweig oder an einem anderen von den Körperschaften zu benennenden Ort auffordert. Als Termin wird der 20. Mai vorgeschlagen.

Der Hauptvorstand der NDP begrüßt den Aufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates zur Bildung einer nationalen Front des gesamtdeutschen Volkes zur Wiedererrichtung der Einheit Deutschlands und fordert seine Mitglieder auf, mit allen Kräften für diese Front einzutreten.

No. 94

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 11. Mai 1949

Berlin: Die DWK tritt morgen zu einer Vollsitzung zusammen. Prof. RASTNER wird über den Haushaltsplan 1949 referieren.

Berlin: In einem Aufruf der Zentralleitung des Kulturbundes werden sämtliche Mitglieder aufgefordert, am 15./16. mit Ja für den Volkskongress zu stimmen.

Auch die Wissenschaftler werden in der Entscheidungsstunde nicht abseits stehen, wenn das deutsche Volk ein gewaltiges Bekenntnis abgibt, erklärte ein Leipziger Professor.

Halle: Nahezu 3 Mill. Männer und Frauen Sachsen-Anhalts werden in 3 500 Wahllokalen am Wochenende ihre Stimme abgeben. Auch 48 Frauen sind in den Listen S.-A. aufgestellt worden.

Frankfurt a.O.: Vier Heimkehrertransporte trafen in der vergangenen Nacht im Lager Cronenfelde ein. Auch wir werden nicht versäumen, am 15. unser Ja für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden abzugeben, erklärte einer der Heimkehrer.

Dresden: 4 296 t Fett aus der SU trafen in den ersten zehn Tagen des Monats für die sächsische Bevölkerung ein.

Berlin: Nach Aufhebung der Blockade wird auch wieder der alte Zustand im Postverkehr hergestellt.

Auszüge aus dem Kommentar von Günter HALL:

Unglaubliches ist geschehen. Die Mehrzahl der Bonner Parlamentarier hat in letzter Nacht alle guten Geister verlassen, die Bonn zum Sitz der Bundesregierung bestimmten. Zwei Tage vorher hatte man trotz des Einspruchs einiger Abgeordneter mit fürchterlicher Eile das Grundgesetz verabschiedet, das nicht als die deutsche Meinung, sondern als ein ausländisches Produkt betrachtet werden muß. Und das alles wenige Minuten vor der Aufhebung der Blockade. Das ganze deutsche Volk hat aufecatmet, als die Nachricht durch die Welt eilte, daß sich die vier Besatzungsmächte wieder an einen Tisch setzen, um über das deutsche Problem zu verhandeln. Niemand kann bezweifeln, daß durch die verhängnisvolle Tätigkeit einer handvoll engstirniger Politiker, durch die Annahme des Grundgesetzes die Einheit unseres Vaterlandes aufs grösste gefährdet ist. Man muß sich nur fragen, wo ist das nationale Bewissen dieser Herren, die die Spaltung vertiefen wollen und gegen die Einheit schwimmen, die eine Lebensnotwendigkeit ist: - Aber in Bonn darf deutsches Schicksal nicht bestimmt werden. Darum begrüßt unser Volk jeden Schritt, der in diesen Tagen unternommen wird, um Deutschland vor dem Verfall und Untergang zu retten. Darum wird auch der heute vom Deutschen Volksrat an alle Parteien, Organisationen, Verbände usw. gerichtete Appell ein großes Echo finden. Der Deutsche Volksrat erklärt sich bereit, in den nächsten Tagen mit den westdeutschen Körperschaften zu gemeinsamen Beratungen zusammenzukommen. Er schlägt vor, daß auf dieser Zusammenkunft Maßnahmen besprochen und ausgearbeitet werden, die der Einheit Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet dienen. Darüberhinaus wird die Ausarbeitung eines Memorandums über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages usw. vorgeschlagen. Sage niemand, daß eine solche Zusammenkunft unmöglich oder umsonst wäre. Wenn sich die vier Großmächte zusammen setzen können, dann muß es auch uns möglich sein, wenn die Existenz unserer Nation auf dem Spiele steht, gleichgültig, in welchem politischen Lager man steht, welcher Schicht man angehört und welche Weltanschauung man hat. Eine Verständigung aller ist das Geot der Stunde. Jetzt gilt es, die Chance zu nutzen. Am kommenden Sonntag stellt es sich heraus: entweder Zonengrenzen oder ein einheitliches Deutschland, entweder eine separatistische Regierung oder eine einheitliche Regierung für ganz Deutschland, entweder Besatzungsstatut oder Friedensvertrag. Die Entscheidung kann nicht schwer fallen!

RICTED

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied



No. 9 Presseberichte aus den Westzonen
=====

Neue Erdölfelder. Wie verlautet, würden die erst kürzlich in Norddeutschland entdeckten Erdölfelder Deutschland zum viertgrößten Ölproduzenten - mit Ausnahme der UdSSR - in Europa machen. Die neuen Ölfelder zwischen der dänischen Grenze und dem kleinen Fläcken Buns werden auf etwa vier Millionen Tonnen veranschlagt. Bereits bestehende Ölquellen in der Nähe der neuen Felder werden als die ergiebigsten angesehen. Die drei Hauptvorkommen - Emlichshausen, Georgsdorf und Dalum - liefern 20 000 Tonnen Öl im Monat, das sind etwa 45 % der gesamten deutschen Erdölproduktion.
SAZ vom 4. Mai 1949

Bayerischer Separatismus. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CSU HAUSSLEITER bezeichnet die augenblickliche Auseinandersetzung um den Status Bayerns als "Zerreißprobe für das Land" und nennt die separatistischen Bestrebungen schamlose Machenschaften einer kleinen Clique, die das Land zugrunde richten und deren Parteistreitigkeiten jedem zum Hals heraus hängen. Man werde auf die Leute achten, die zum Geburtstag des Kronprinzen flaggen würden. Wer mit ihnen zusammenarbeite, könne nicht mehr Mitglied der CSU sein. Man müsse den Separatismus in Bayern jetzt isolieren, damit man sehe, wie schwach er in Wirklichkeit sei.
Die Deutsche Union spricht von einer "Verschwörung zum Selbstmord Bayerns". Die Gewerkschaften halten ein selbständiges Bayern für nicht lebensfähig. Kronprinz Rupprecht schätzte den Anteil der bodenständigen bayerischen Bevölkerung, die sich bei einer Befragung für die Monarchie entscheiden würden, auf 70 %, Dr. Baumgartner auf 60 %.
Der bayerische Ministerrat beschäftigte sich mit der innerpolitischen Lage und den Bonner Arbeiten. Die Sitzung wird heute fortgesetzt mit dem Ziel, bayerische Mindestforderungen für die entscheidenden Beratungen des Parlamentarischen Rates aufzustellen.
Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Unter dem Namen "Interessenverband berufsmäßiger Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes und deren Hinterbliebenen" wurde in Regensburg eine Organisation ehemaliger Führer des Reichsarbeitsdienstes gegründet, dem sämtliche ehemalige Führer vom Truppführer aufwärts und Führerinnen des Arbeitsdienstes angehören können. Eine Untergruppe des Verbandes wurde, wie jetzt verlautet, am 20. März d.J. in Nürnberg und Würth gegründet.
Südt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Verwaltung der Zölle. Der Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat dem Entwurf eines "Gesetzes über die Verwaltung der Zölle und der Umsatzausgleichsteuer" zugestimmt und dem Wirtschaftsrat zugeleitet. Trotz seiner Kürze - es umfaßt nur zwei Paragraphen - ist das Gesetz von großer Tragweite. Nach dem Gesetz sollen die Einnahmen aus Zöllen, für die die Steuerschuld nach dem 31. März 1949 entstanden ist, an die Verwaltung für Finanzen abgeführt werden. Das gleiche soll für die Umsatzausgleichsteuer gelten. Das Aufkommen aus diesen beiden Quellen wird auf 150 Millionen DM geschätzt. Es soll dazu dienen, die Unkosten für die neugeschaffene Zolleitstelle und den Zollgrenzdienst, die mit rund 100 Mill. DM jährlich veranschlagt werden, zu decken. Die restlichen 50 Mill. DM sollen zur Deckung eines bisher ungedeckten Ausgabebedarfs des Haushaltes der Doppelzone dienen. Wenn auch die Länder von den Kosten des bisher von ihnen aufrechterhaltenen Zollgrenzdienstes entlastet werden, dürfte doch mit erheblichem Widerstand gegen dieses Gesetz im Länderrat gerechnet werden.
Wirtschafts-Ztg. vom 7. Mai 1949

Interzonaler Handel. Der kommunistische Abgeordnete des Wirtschaftsrates, RISCHE, erklärte, die kommunistische Fraktion werde es jederzeit begrüßen, wenn der Kampf um Berlin abgebrochen würde. Die Ostzone bringe Stahl, Kohle usw. aus dem Westen und wolle dafür Halbfabrikate liefern. Die Besatzungsmächte seien rechtlich in keiner Weise befugt, eine Unterbindung des Ost-West-Handels zu verfügen. Der interzonale Handel müsse als eine innerdeutsche Angelegenheit angesehen werden.
Allgem. Ztg. vom 5. Mai 49

No. 10

Presseberichte aus den Westzonen

Interessenvertretung der Jugend. In Rothenburg o.d. Tauber findet vom 18. bis 20. Mai die konstituierende Versammlung für eine westdeutsche Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt und der Jugendpflege statt. Die Arbeitsgemeinschaft soll die Interessenvertretung der Jugend gegenüber einer künftigen Bundesregierung werden und setzt sich aus Jugendverbänden und Landesjugendringen, karitativen Organisationen, Landesjugendämtern und sonstigen Behörden und aus Spezialverbänden der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt der westdeutschen Länder zusammen. Eine kleine Geschäftsstelle soll am Sitz der Bundesregierung gebildet werden. Die westdeutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendfürsorge und Jugendpflege wird jährlich ein- bis zweimal zu Hauptversammlungen zusammentreten.

Südt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Südweststaat des Oberschwäbischen Adels. Politische Kreise des Oberschwäbischen Adels um den Grafen WALDSBURG schlagen als dritte Lösung des Südweststaat-Problems ein "dezentralisiertes Staatsgebilde" vor, um das Übergewicht Stuttgarts ausschalten. Es wird von den genannten Kreisen in einem zu bildenden Südweststaat vor allen ein eigener Kantone Oberschwaben erstrebt, der eindeutig katholisch und gegen die Agrarreform gerichtet sein soll. Es sei, so wird argumentiert, bei einem föderalistischen Aufbau des neuen Deutschlands abwegig, wenn einzelne Länder selbst kleine Zentralstaaten seien.

Südt. Ztg. vom 5. Mai 1949

Bayerische Monarchie. Staatsrat Dr. HOEGNER, der als einer der bekanntesten Vertreter der extremen föderalistischen Haltung in Bayern gilt, hat sein Bedauern darüber geäußert, daß die Frage nach der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands mit der Frage der Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern verknüpft worden sei, die er für den Augenblick für undenkbar halte. Im Gegensatz dazu wird die gemeinsame Behandlung dieser Probleme von führenden Kreisen der Bayern-Partei begrüßt, die ein Nein zu Bonn zugleich als ein Ja für die Monarchie betrachten wollen. Gegen die abhaltung eines Volksentscheids über das Bonner Grundgesetz werden in politischen Kreisen aller Richtungen grundsätzlich kaum Bedenken geäußert. Nur über die Formulierung der Frage bestehen Meinungsverschiedenheiten. Die Aussicht für eine Restauration in Bayern wird im allgemeinen sehr zurückhaltend beurteilt. Kronprinz Rupprecht selbst hat in den letzten Tagen mehrfach seinen Unwillen darüber geäußert, daß man ihn derartig exponiert habe. Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat die Wiederherstellung einer bayerischen Monarchie als Utopie bezeichnet, gegen die er sich leidenschaftlich und mit allen verfassungsmäßigen Mitteln wenden würde.

Allgem. Ztg. vom 6. Mai 1949

In letzter Zeit bereiten verschiedene politische Vorfälle der Regierung von Nordrhein-Westfalen einige Sorge. So wurden bei der Polizei in verschiedenen großen Städten des Ruhrgebietes und des Sauerlandes postkartengroße hektographierte Flugblätter mit nazistischen Inhalt abgeliefert. Bei den mutmaßlichen Verfassern handelt es sich um einen Kreis von Einzelgängern und nicht um Angehörige einer Untergrundorganisation. Eine realere politische Gefahr sieht das nordrheinisch-westfälische Innenministerium in dem verstärkten Auftreten der "Deutschen Rechtspartei" und des "Bundes für deutsche Erneuerung", in dem sich die Strasseranhänger zum Teil mit der KP-Opposition zusammengefunden haben. Bei der vor kurzem stattgefundenen Gründungsversammlung der "Deutschen Rechtspartei" in der westfälischen Stadt Hamm präsidierte ein ehemaliger NSDAP-Gauschulungsleiter als Vorsitzender.

Die Neue Zeitung vom 7. Mai 1949

Deutsche Rechtspartei unterlegen. Die Betriebsratswahlen im Volkswagenwerk in Wolfsburg brachten den rechtsradikalen Kreisen um die Deutsche Rechtspartei eine klare Niederlage. Alle 19 Betriebsratsmitglieder wurden auf der Gewerkschaftsliste gewählt. Die bekannten Mitglieder der Deutschen Rechtspartei konnten nur wenige Stimmen auf sich vereinigen. Dieser ersten Wahl nach der Auflösung der DR im Kreise Gifhorn messen politisch interessierte Kreise insofern eine Bedeutung bei, als an ihr die Reaktion der Wolfsburger Arbeiterschaft auf das Verbot der DR abgelesen werden kann.

Die Welt vom 7. Mai 1949

STAT

No. 11

Presseberichte aus den Westzonen
=====

Stimmen zum Grundgesetz. Der Vorsitzende der FDP Hessens, EULER, erklärte, die FDP betrachte das vorläufige Grundgesetz lediglich als eine Station auf dem Wege zu einem deutschen Rechtsstaat, der auch den unerlösten Gebieten der Ostzone und der deutschen Lande östlich von Oder und Weisse statt der Einheit eines despotischen Systems von Gestapo und Konzentrationslagern die Einheit eines Systems der persönlichen Freiheit bringen solle. Wenn in Bonn keine stark geübte Einheit habe erreicht werden können, so sei dies eine Folge des verheerenden Wirkens der Separatisten und Partikularisten, die das Grundgesetz ablehnten oder ihn nur mit dem Bedauern zustimmten, daß die zentralen Gewalten leider nicht noch mehr hätten abgeschwächt werden können. Das deutsche Volk werde es hoffentlich nicht versäumen, diesen Schaulingen, die das Spiel der Besatzungsmächte spielten, bei den kommenden Bundestagswahlen die geübteste Quittung zu erteilen.

Dr. BAUMGÄRTNER proklamierte den Beginn des bayerischen Freiheitskampfes. Der Bonner Vergewaltigungsakt sei für seine Partei kein Grund-, sondern ein Schandgesetz, mit dem die Sozialisierung, die Zentralisierung und die Russifizierung einsetze. Die sieben zustimmenden bayerischen Delegierten hätten die Verfassung gebrochen.

Der Vorsitzende der bayerischen Sozialdemokraten, von KNOERINGEN, sagte, der Beschluß von Bonn sei ein Sieg der deutschen Demokratie. Wenn Vertreter der bayerischen CSU gegen das Grundgesetz gestimmt hätten, hätten sie damit kundgetan, daß sie entweder die Notwendigkeit der Zeit nicht erkannt oder sich von parteipolitischen Gesichtspunkten hätten leiten lassen.

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Alfred LORITZ betonte, daß die WAV im Landtag "Nein" sagen werde und forderte ebenfalls eine Volksabstimmung in sämtlichen westdeutschen Ländern. Der "Deutsche Block" begrüßte das Grundgesetz insofern, als damit in Westdeutschland endlich eine staatliche Ordnung geschaffen werde. Die im Grundgesetz verankerte Eigenstaatlichkeit der Länder wird jedoch abgelehnt und eine Volksabstimmung gefordert. "Das Grundgesetz führt zur Spaltung Deutschlands", erklärte die bayerische KPD und verlangte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung usw.

Die Gewerkschaften begrüßen das Zustandekommen des Grundgesetzes. Sie hätten Verständnis für die Wünsche nach einer föderativen Gestaltung des westdeutschen Bundesstaates, seien aber der Auffassung, daß diese föderative Form kein Hemmnis sein dürfte für die gleichmäßige Behandlung aller Arbeitnehmer Deutschlands.

Städt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Das bayerische Innenministerium wird die Eintragung des "Interessenverbandes der berufsmäßigen Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes und deren Hinterbliebenen, Landesverband Bayern", vorerst nicht genehmigen. Es sollen zunächst Erhebungen darüber angestellt werden, ob in anderen Ländern der Westzonen ähnliche Verbände gegründet werden sollen.

Städt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Ein umfassendes Steuergesetz kündigte der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred HARTMANN, für den Spätherbst d.J. an. Die Arbeiten seien bereits im Gange. Hartmann betonte, die Schwierigkeit einer deutschen Finanzpolitik beruhe darauf, daß der größte Teil der Ausgaben unelastisch seien. Um die Landeshaushalte nicht weiter zu belasten, sei eine Treibstoffsteuer unvermeidlich. Ohne eine solche Steuer in Höhe von 10 Pf. je Liter könne der Haushalt der Bizone nicht ausgeglichen werden.

Die Neue Zeitung vom 10. Mai 49

Der NRW-Ministerpräsident Karl ARNOLD wandte sich erneut gegen die vorgenommenen Grenzveränderungen im Westen und forderte eine Volksabstimmung in den betroffenen Gebieten. Er wies in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung des früheren amerikanischen Außenministers Byrnes hin, der 1946 geäußert hatte, daß die USA, abgesehen von Ostdeutschland und dem Saargebiet, keinen Anspruch auf unbestreitbar deutsche Gebiete unterstützen würden. Ferner würden sie eine Abtretung deutscher Gebiete ablehnen, die nicht von der betroffenen Bevölkerung selbst ausdrücklich gewünscht werde.

SAZ vom 9. Mai 1949

STAT

No. 12

Presseberichte aus den Westzonen

Reichsbahn. Die Reichsbahn hat gegenwärtig ein tägliches Defizit von rund einer Million Mark. Zur Sanierung ist ein Kredit von mindestens drei Milliarden Mark erforderlich. Trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten hat die Reichsbahn bereits wieder 76 % ihrer Vorkriegsleistung erreicht.

Ein neuer Lohnstarif wurde angekündigt. Danach sollen alle Arbeiter der Reichsbahn, die 25 Jahre alt und mindestens 15 Jahre bei der Bahn tätig sind, als unkündbar angestellt werden. Reichsbahnbedienstete, die am Tage der Verkündung des Beamtengesetzes als Beamte tätig gewesen sind, werden Beamte bleiben, darunter auch alle Lokomotivführer. Nur 4 % der bisherigen Beamtenstellen sollen in Lohnempfängerstellen umgewandelt werden.

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Schlesierversband. Auf einer Grobkundgebung des Schlesierversandes erklärte der bayerische Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Wolfgang JÄHNIGKE, es werde der Tag kommen, an dem die Schlesier wieder in ihrer Heimat sein werden. Min.Kat Dr. RINKE, Vorsitzender des Schlesierversandes, betonte, die Schlesier hätten den Rechtsanspruch auf ihre alte Heimat nie aufgegeben und die Westmächte hätten die Revision der Oder-Weißel-Grenze in ihr politisches Konzept miteinbezogen. Der stellvertretende bayerische Min.Präs. Dr. MUELLER wies darauf hin, daß Deutschland nach wie vor als völkerrechtlicher Begriff und als Staat bestehe und daß es eine Verpflichtung der Christen sei, als Schutz gegen den Bolschewismus eine vernünftige Sozialordnung zu schaffen. Geistlicher Kat GOEBEL erklärte, die Ostvertriebenen würden das Recht auf ihre Heimat niemals aufgeben und hoffen, daß der Friedensvertrag die Rückführung bringen werde.

SHdtb. Ztg. vom 10. Mai 1949

Wahl. Der Hauptausschuß des Parl. Rates beschloß, daß das Präsidium des Parl. Rates den Wahltag für die ersten Wahlen zum Bundestag festsetzen soll. Die Wahl soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des Grundgesetzes stattfinden.

Gleichzeitig mit den Bestimmungen für die erste Wahl zum Bundestag beschloß der Hauptausschuß auch eine Vorlage für das Plenum zur Wahl der Bundesversammlung, die den ersten Bundespräsidenten wählen soll. Die von den Länderparlamenten zu wählenden Delegierten für die Bundesversammlung sollen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden. Unmittelbar nach der Wahl des Präsidenten des Bundestags soll die Wahl des Bundespräsidenten stattfinden.

Die Zeit vom 10. Mai 1949

Wohnungsbau-Groschen? Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich mit der Erhebung eines Wohnungsbau-Groschens beschäftigt. Das entsprechende Gesetz sieht vor, von Veranstaltungen aller Art, deren Eintrittskarten mehr als 50 Pfg. kosten, ein Wohnungsbau-Groschen als Zulage zum Eintrittspreis zu erheben. Über die Vorlage entstand eine heftige Debatte, in der die Mehrheit der Redner den Gesetzentwurf ablehnte.

Allgem. Ztg. vom 11. Mai 1949

Wahlgesetz. Das Plenum des Parl. Rates entschied sich mit 33 Stimmen gegen 29 für Bonn als provisorischen Sitz der künftigen Bundesorgane. Das Wahlgesetz für die Wahl des ersten Bundestages und des ersten Bundespräsidenten wurde mit 36 Stimmen der SPD, KPD, FDP und des Zentrums gegen 29 Stimmen der CDU/CSU und der DP endgültig verabschiedet. Danach werden 200 Abgeordnete zum Bundestag nach dem Mehrheitswahlrecht in Einzelwahlkreisen und 200 über Landeslisten nach dem Verhältniswahlrecht spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des Grundgesetzes gewählt.

Wahlberechtigt ist nach dem Gesetz jeder Deutsche, der das 21. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten vor dem Wahltag im Bundesgebiet wohnt.

SHZ vom 11. Mai 1949



No. 13. Presseberichte aus den Westzonen
 =====

Bayerische Reg. zum Grundgesetz. Wirtschaftsmin. SEIDL hat zu dem Beschluß der bayerischen Staatsregierung Stellung genommen, sie werde für die Abstimmung im Landtag ein Nein beantragen, aber den Landtag gleichzeitig ersuchen, die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes bei Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit der deutschen Länder auch für Bayern anzuerkennen. Dr. Seidl erklärte, die Haltung der Staatsregierung sei ganz klar in der bayerischen Verfassung begründet. Für die Abhaltung eines Volksentscheides über das Bonner Werk sieht Dr. Seidl keine verfassungsrechtliche Grundlage. Sie könne aber noch geschaffen werden. Sollte es wider Erwarten und entgegen dem Antrag der Staatsregierung im Landtag zu einer Mehrheit für das Grundgesetz kommen, so würde sich dadurch nicht die Notwendigkeit eines Rücktritts der Regierung der CSU ergeben, die im zweiten Teil ihres Kommuniqués für den Landtag ja ausdrücklich den Beitritt Bayerns zum Bund beantragte.

Dr. BAUMGARTNER hat erklärt, die Frage der Staatsform sei gegenwärtig nicht akut. Er nehme an, daß der Bayerische Landtag das Grundgesetz mit knapper Mehrheit ablehnen werde. Dr. Baumgartner kündigte auch die Schaffung einer bayerischen Presse an.

Allgem. Ztg. vom 12. Mai 1949

Die Erwartungen, die seitens der Leder- und Schuhindustrie sowie des Handels an den Saisonbeginn geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt, teilte das hessische Wirtschaftsministerium in einem Lagebericht mit. In dem Bericht werden die Häutepreise als weiterhin rückläufig gekennzeichnet, jedoch könne sich der Rückgang nicht überall gegen die Bemühungen der Erzeuger, ohne Verluste von den Beständen wegzukommen, durchsetzen. Der Absatz von Lederwaren und gearbeiteten Schuhwerk wird als äußerst schleppend bezeichnet, wobei die Verkaufsangebote vielfach erheblich unter dem Einstandspreis liegen. Die Gegenüberstellung der Lagerbestandszahlen der hessischen Schuhindustrie mit denen anderer Länder der Doppelzone zeigt insofern ein günstigeres Bild, als die Vorräte der hessischen Schuhindustrie im Durchschnitt eine Zwei- bis Dreiwochenproduktion nicht übersteigen, während in allen anderen Ländern die Lagerhaltung nahezu eine volle Monatsfertigung umfaßt.

Auch in der frz. Zone soll demnächst ein Abkommen zwischen der Eisenbahn und dem Güternahverkehr nach dem Vorbild der Doppelzone abgeschlossen werden. Die Generaldirektion der südwestdeutschen Eisenbahnen will den Wortlaut des Rahmenvertrages der Doppelzone voll übernehmen. Die Speditions- und Transportverbände der frz. Zone haben jedoch Abänderungsvorschläge eingebracht. Das Abkommen soll auf 3 Jahre abgeschlossen werden und eine Grundlage für die Beschränkung des Werkverkehrs auf sein eigentliches Arbeitsgebiet bilden.

Wirtschaftsrevue vom 6. Mai 1949

Demontage-Problem. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat in einer Entschliessung erneut zur Demontagefrage Stellung genommen. Er bedauert, daß für die Zukunft entscheidend wichtige Betriebe nach wie vor für die Demontage vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um Anlagen, die in ihrer wirtschaftlichen ~~Wz~~ Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen unentbehrlich sind. Deshalb appelliert der Landtag erneut an die Einsicht der Besatzungsmächte und verweist darauf, daß es auch im europäischen Interesse richtiger erscheint, die für Reparationen vorgesehenen Anlagen in Deutschland zu belassen und dort gegebenenfalls für Rechnung der Empfangsländer zu betreiben, was ohne Zweifel einer sinnlosen Wertzerstörung vorzuziehen ist.

Allgem. Ztg. vom 12. Mai 1949

STAT

No. 129

Auszüge aus Presseberichten

Enteignung der Privatbanken. Für den 1. Mai wurde die Enteignung aller privaten Banken und Versicherungsanstalten im Ostsektor von Berlin von dem provisorischen Magistrat angeordnet. Danach gibt es künftig auch im Ostsektor von Berlin wie in der Ostzone keine privaten Versicherungsanstalten, Banken und Grundstücksgesellschaften mehr.
Allgem. Ztg. vom 4. Mai 1949

Verstärkung der Ostzonenpolizei. In verschiedenen Teilen Mecklenburgs sind Einheiten der Volkspolizei in der ersten Aprilhälfte erheblich verstärkt worden. Nachdem die sowjetischen Militäreinheiten aus Ludwigslust und Brahlisdorf mit unbekanntem Ziel abtransportiert wurden, sind in den gleichen Unterkunftsräumen deutsche Polizeieinheiten untergebracht worden. In beiden Orten befinden sich je eine Kompanie Minenwerfer und Granatwerfer sowie zwei Kompanien Infanterie. Die Einheiten sind voll und modern ausgerüstet.
Telegraf vom 26. April 49

Zentralstelle für Volkskunst. Im Laufe des Monats Mai soll die Gründung der Zentralstelle für Volkskunst erfolgen. Der Bund Deutscher Volksbühnen ist mit der Durchführung aller notwendigen Vorarbeiten beauftragt worden. Der Zentralstelle wird die Aufgabe zufallen, die nach Tausenden zählenden Spiel-, Musik- und Chorgruppen mit Material, Noten, Stücken, Programmen usw. zu versehen und künstlerisch anleitend tätig zu sein.

Neues Deutschland vom 27. April 1949

Westberliner Probleme. Die Abnehmer der Berliner Erzeugnisse in den Westzonen verlangen fast durchweg Zahlungsziele von 3 Monaten, während die westdeutschen Lieferanten für ihre Sendungen nach Berlin meist Vorauszahlung fordern. Das Kredit- und Bankenproblem ist für Westberlin mit der Verstärkung der Luftbrücke und der Zunahme des Warenaustausches mit den Westen immer akuter geworden. Bei den gegenwärtig stattfindenden Berechnungen geht es zwar zunächst um den mittel- und langfristigen Kredit für Investitionen der Berliner Industrie. Die Hereinnahme dieses Kredits würde aber, da keine langfristige Festlegung in voller Höhe nicht sofort erfolgen würde, auch das kurzfristige Warenkreditgeschäft befruchten. -

Die Exportabschlüsse Westberlins mit dem Ausland haben in der Zeit vom 27. Febr. bis 2. April einen neuen Rekord mit 2,6 Mill. Dollar erreicht. Den größten Anteil am Berliner Export hatte die elektrotechnische Industrie mit etwa 60 %. Größere Exporte wurden auch von den feinmechanischen Industrien, der optischen Industrie und dem Maschinenbau erzielt. In erster Linie wurde an die Marshallplan-Länder exportiert, während Osteuropa nur mit 2 - 3 % an der Ausfuhr beteiligt war. Der größte Auftrag wurde im Wert von 250 000 Dollar für Minenlokomotiven von Australien erteilt. Der weitaus größte Teil der im März getätigten Abschlüsse konnte bereits durchgeführt und ausgeflogen werden.
Wirtschaftsrevue vom 29. April 49

Eine neue Abfüllmaschine für körniges Abfüllgut, hauptsächlich Samen, deren Stundenleistung 1 000 bis 1 500 Beutel zu je 45 kg beträgt, wurde auf der Leistungsschau des Handwerks in Egeln (Sachsen-Anhalt) gezeigt. Maschinen dieser Art wurden bisher nur in Westdeutschland hergestellt.
Wirtschaftsrevue vom 29. April 1949

Neues Ostzonen-KZ. Laut Mitteilung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit ist das Konzentrationslager "Hünfeichen" bei Neubrandenburg, das seit dem Herbst 1948 nicht mehr belegt war, von den Sowjets wieder eröffnet worden. Damit erhöht sich die Zahl der offiziellen sowjetischen KZ's in der Ostzone auf insgesamt vier. Außerdem besteht auch weiterhin noch das Jugend-KZ Michariken und das als Durchgangslager für Deportationen in die SU benutzte Gefängnis in Bautzen.
Die Neue Zeitung vom 5. Mai 1949

STAT

No. 130

Auszüge aus Presseberichten

Kraftfahrzeuge in der Ostzone. Die vor dem Kriege im Bereich der jetzigen SBZ vertretenen Kraftfahrzeug-Produktionsstätten sind in der Vereinigung volkseigener Fahrzeugwerke (IFA) mit dem Hauptsitz in Chemnitz zusammengeschlossen. Diese IFA zählt heute 38 Herstellungsbetriebe mit über 15 000 Arbeitern und hat ihre Betriebe so ausgebaut, daß sie im wesentlichen unabhängig von Westdeutschland produzieren können. In der IFA vereinigt sind die Werke Horch und Audi in Zwickau sowie das Werk in Chemnitz, die DKW-Werke in Griesbach, Phänomen in Zittau, das Karosseriewerk Gläser in Dresden, die Schlepperwerke Worchhausen und Schönebeck, das BMW-Werk in Eisenach und verschiedene Lieferwerke für Einzel- und Zubehörteile. Nach einem nicht gerade mühelosen Aufbau ist ein Zweijahresplan aufgestellt worden, der eine interessante Produktion vorsieht, so von DKW-Personenwagen "P 8" (Meisterklasse) und "P 9" (neueste Ausführung), dem 3-Tonnen-Horch-Lastkraftwagen mit Benzin- und Dieselmotor, den Schlepperbau mit Zwanzig- und Vierzig-PS-Modellen, den Bau von stationären DKW-Motoren, das Kraftrad DKW "RT 125", General-Werkreparaturen an Fahrzeugen und den Anhängerbau. Geplant ist außerdem die Serien-Herstellung des bekannten Phänomen "Granit 27" mit einem luftgekühlten Vierzylinder-Dieselmotor. Dieser Motor leistet bei einem Verdichtungsverhältnis von 1 : 18 vierundfünfzig Pferdestärken und soll einen Verbrauch von 220 g je Pferdestärke und Stunde haben. - Das BMW-Werk Eisenach bringt im Rahmen dieses Planes sein neuestes Modell, den BMW "340", außerdem den BMW "321" und ein neues Zweiliter-Sport-Cabriolett, das den Typ "327" in besserer Form ersetzen soll. Die Erzeugnisse der BMW-Werke Eisenach sind ausschließlich für den Export bestimmt und werden durch die Techno-Export vertrieben. Die in der Ostzone verbleibenden Fahrzeuge der IFA werden durch die DKW verteilt. Diese berücksichtigt in erster Linie Behörden und Industrie. Bei anhaltender Produktionssteigerung wird im zweiten Halbjahr 1949 auch der private Bedarf wenigstens teilweise gedeckt werden können.

Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Der sowjetische Nachrichtendienst in Deutschland bedient sich neuerdings in großem Umfange Kriegsolinder. Es hat nach den Feststellungen deutscher Stellen den Anschein, als ob eine feste Geheimorganisation aus Kriegsolindern bestehe, die ihre Nachrichten in Blindenschrift nach der Ostzone weitergebe.

Wirtschafts-Ztg. vom 7. Mai 1949

Außerungen sowjetisch beeinflusster Kreise zu den Blockade-Besprechungen. Es fällt allgemein auf, daß in einem entscheidenden Stadium der Verhandlungen über das Datum der Aufhebung der Blockade "Neues Deutschland" die Lage wie folgt darstellt: "Die mutwillig heraufbeschworene Katastrophe Berlins läßt sich durch keine noch so fettgedruckten Tonnageziffern (der Luftbrücke) verbergen. Die westdeutsche Wirtschaft, der man die verfallende Bln. Wirtschaft ans Bein gebunden hat, meutert gegen die Auslösung". Die amerikanische Diplomatie sei nunmehr gezwungen, die Untauglichkeit ihrer Methoden einzusehen. Von der Ztg. wird die Frage aufgeworfen, ob die USA es bei der jetzigen Anknüpfung wohl ehrlich meinen. - - Vielfach besteht in Berlin die Auffassung, daß derartige Äußerungen die Erörterung der Schuldfrage für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen vorbereiten sollten. Dabei wird es durchaus für möglich gehalten, daß ein Scheitern der Verhandlungen von den Russen erst im Außenministerrat in Betracht gezogen werde, damit die Wiedereinführung einer Blockade um so stärkere psychologische Wirkungen hervorrufen könne.

Allgem. Ztg. vom 5. Mai 1949

Auf Anordnung der DKW wird für den Vertrieb forst- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse in der SBZ die "Deutsche Handelszentrale Holz" eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Potsdam, gegründet. Ihr wird das gesamte volkseigene Vermögen der Handelsunternehmen für forst- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse in der Ostzone als Rechtsträgerin übertragen.

Wirtschaftsrevue vom 6. Mai 1949

STAT

No. 131

Auszüge aus Presseberichten

Volkskongreßwahlen. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß der kommende Sonntag für die Aussichten der Pariser Konferenz von wesentlicher Bedeutung sein könne. Wahlen zum Volkskongreß an diesem Tage würden nach Informationen aus der Ostzone dort als entscheidendes Mittel der Auseinandersetzung mit dem Westen betrachtet. Die Abstimmung "Ja" oder "Nein" solle der russischen Regierung den Beweis erbringen, daß jede Abweichung von ihrer bisherigen Politik eine Verletzung des Volkswillens darstelle. Die russische Taktik dagegen gehe dahin, Wirtschaftskreise der Ostzone als Partner für den Wirtschaftsrat der Westzonen arbeiten zu lassen. Die Bildung eines ostdeutschen Staates würde dadurch überflüssig, ja sogar schädlich werden, weil sie die Parole der Einheitspropaganda unmöglich mache. Die demokratischen Parteien Berlins treten der Politik des Volkskongresses mit großer Entschiedenheit entgegen. In einem Aufruf wendet sich Jakob KAISER an die Bevölkerung der Ostzone: Es sei die Pflicht aller aufrichtigen Menschen, sich durch die Abgabe ihrer freien Stimme gegen den Terror der SED und für die Freiheit zu erklären. "Die Wahl zum Volkskongreß soll über die wahren politischen Verhältnisse in der Ostzone hinwegtäuschen. Sie soll gerade jetzt gegenüber dem Ausland die wahre Meinung der Bevölkerung verfälschen. Damit will man insbesondere die Pariser Außenministerkonferenz irreführen. Deutsche in der Ostzone, wählt die Freiheit, stimmt mit "Nein"!"

Allgem. Ztg. vom 10. Mai 1949

Am Jahrestag der deutschen Kapitulation wurde ein riesiges sowjetisches Ehrenmal für die Gefallenen der Sowjetarmee im Treptower Park durch den sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor KOTIKOW, eingeweiht. "Dieses im Zentrum Europas, in Berlin, eingeweihte Denkmal wird die Völker der Welt ständig daran erinnern, wann, durch wen und um welchen Preis der Sieg errungen wurde", sagte Kotikow. Otto Grotewohl leste das Gelöbnis ab, nach dem Abzug der sowjetischen Truppen das Denkmal in den Schutz der Deutschen zu nehmen.

Städt. Ztg. vom 10. Mai 1949

In Leipzig wurde eine "Ameisen-Aktion" durch die Stadtverwaltung gestartet. Danach muß jeder Einwohner bei seinen regelmäßigen Gängen zur Arbeit beim Passieren einer Trümmer- oder Baustelle einige Ziegel bergen.

Rhein. Merkur vom 7. Mai 1949

Ostmark-Forderungen. Die Russen haben Rückerstattung von 180 Mill. M aus den Westsektoren Berlins gefordert. Damit hat es folgende Bewandnis: Bei der Währungsneuordnung vom Juni, bei der Berlin die West- und die Ostmark beschieden wurden, war es den Bewohnern der Westsektoren gestattet, die Kopfquote sowohl in West- wie in Ostmark zu beziehen. Außerdem wurden später aus den zunächst gesperrten und nach Prüfung freigegebenen Bankkonten erhebliche Beträge auch für Westsektoren-Bewohner freigegeben. Diese Beträge werden nun zurückgefordert. Für die Gesamtbevölkerung der Westsektoren von ca. 2 Mill. sind je 70 DM Kopfquote in Anrechnung gebracht worden. Zu dem Betrag von 140 Mill. DM sind nun noch 40 Mill. DM aus den Kontenauszahlungen zugeschlagen worden.

Städt. Ztg. vom 7. Mai 1949

Ostzonale Eisenbahn. Ende 1948 waren annähernd 3 000 Lokomotiven, 60 - 65 000 Güterwagen und etwa 8 000 Personenwagen im Dienst. Im Verlauf des Berichtsjahres ist in diesen Beständen keine wesentliche Veränderung eingetreten. Wenn trotzdem im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr eine Leistungssteigerung auf annähernd 90 Mill. t (1947: 73 Mill. t) erzielt wurde und die Nettotonnenkilometer-Leistung von 9,65 auf 10,75 Milliarden stieg, so liegt der Grund in einer innerbetrieblichen Leistungssteigerung, wie sie in der Senkung der Wartezeit von 5,2 auf 4,7 Tage zum Ausdruck kommt. Auf diese Weise ist es gelungen, die tägliche Wagengestellung im zweiten Halbjahr auf etwa 14 000 gegenüber 12 000 im Jahre 1947 zu steigern. - Im Personenverkehr wurden im 1. Halbjahr 48 etwa 400 Mill. Reisende befördert; nach der Gelärsreform ging der Verkehr zurück. Nach überschlägiger Schätzung dürften die Betriebseinnahmen im 1. Halbjahr zwischen 0,8 und 0,9 Milliarden RM gelegen und damit wohl auch die Ausgaben gedeckt haben.

Wirtschaftsrev. vom 29. April 49

STAT



No. 132

Auszüge aus Presseberichten

=====

Zuckerernte der Ostzone. 612 000 Tonnen weißer Zucker wurden in der abgeschlossenen Zuckerkampagne 1948/49 in der Ostzone erzeugt. 199 800 Hektar waren mit Zuckerrüben bebaut. In 59 Zuckerfabriken (46 Roh- und 23 Feinzuckerwerken) waren während der 65 Tage dauernden Zuckerkampagne 35 000 Arbeiter tätig. Geerntet wurden rund 4,3 Millionen Tonnen Rüben, die einen durchschnittlichen Zuckergehalt von 17,36 % hatten. Im Durchschnitt belief sich der Hektarertrag in den einzelnen Ländern der Ostzone in Sachsen und Sachsen-Anhalt auf je 24,9 Tonnen, in Thüringen auf 23,7 Tonnen, in Brandenburg auf 15,6 Tonnen und in Mecklenburg auf 15,4 Tonnen. Ein großer Teil der Zuckermenge muß auf Reparationskonto an die SMA abgeführt werden. Die Mehrzahl der Zuckerfabriken der Ostzone ist volkseigen und in einer zonalen Vereinigung volkseigener Zuckerfabriken und Raffinerien mit Verwaltungssitz in Halle /Saale zusammengefaßt.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Mai 1949

Anlaßlich des vierten Jahrestages der deutschen Kapitulation erschien in der Prawda ein Artikel SOKOLOWSKI's, in dem er die führenden anglo-amerikanischen Kreise beschuldigt, schon während des Krieges ein doppeltes Spiel getrieben und die Pflichten ihren Alliierten gegenüber verletzt zu haben.

Zeit davon entfernt, einen Befreiungskrieg zu führen, so heißt es, ging es den anglo-amerikanischen Imperialisten vor allem um die Ausschaltung des deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig hofften sie, daß der Krieg die SU zum Weltzweiten und sie dadurch in vollkommene Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien bringen würde. Im Verfolg ihrer egoistischen Interessen schoben sie entscheidende Operationen gegen das faschistische Deutschland immer wieder hinaus und beschränkten sich auf kleinere Angriffe auf den Hebenkriegsschauplätzen.

Städt. Ztg. vom 10. Mai 1949

Förderung der Wissenschaft. In der Ostzone soll in Ausführung der Kulturverordnung der Wirtschaftskommission eine eigene Institution zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geoidet werden. Bewerber im Alter bis zu 40 Jahren und mit abgeschlossener Hochschulbildung sollen in zwei Jahren unter der Leitung besonders qualifizierter Gelehrter zu Wissenschaftlern herangebildet werden und den Lehrgang mit der Habilitation abschließen. Eine Aufnahmekommission der sowjetzonalen Verwaltung für Volksbildung überprüft die Bewerber, die auch aus den Westzonen kommen können. Die angenommenen Kandidaten erhalten während des Lehrgangs ein abzugsreies Monatsstipendium von 400 Ostmark, Lebensmittelkarte 1 und einen Jahresurlaub von 10 Wochen.

Neue Volks-Ztg. vom 4. Mai 1949

Warenaustausch mit Polen. Der neue Handelsvertrag, der kürzlich mit Polen abgeschlossen wurde, wird als eine Wendung für die deutsche wie für die osteuropäische Wirtschaft gewertet. Für 1949 wird darin ein Warenaustausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Lehrreich ist die Liste der diesmal beiderseits aufgestellten Ein- und Ausfuhrkontingente. Polen liefert der Ostzone vor allem niederschlesische Braunkohle, die in nächster Nähe der Oder-Neiße-Grenze gefördert und auf deutscher Seite in der Nähe der Fundstellen verarbeitet wird, ferner erhebliche Mengen von oberschlesischer Steinkohle, die nun in Sachsen und Ost-Berlin an die Stelle westdeutscher Ruhrkohle treten soll, sowie ansehnliche Mengen von Halbfabrikaten der oberschlesischen Hüttenindustrie. Ostdeutschlands Bedarfslieferungen sind vor allem Produkte der Berliner Elektroindustrie, also Installationsanlagen, elektrische Maschinen und Apparate, ferner Erzeugnisse der sächsischen Maschinenindustrie, besonders Textilmaschinen für die polnische Baumwoll-, Woll- und Kunstseidenfabriken. Auch mitteldeutscher Kalidünger soll mehr als bisher der Rationalisierung der poln. Landwirtschaft dienen. Polen soll Ostdeutschlands Handelspartner Nr. 1 werden, und die Ostzone rückt ihrerseits zu einem wichtigen Wirtschaftskontrahenten des neuen Polen auf und wird unmittelbar hinter der SU rangieren. Bemerkenswert ist, daß die Vertreter der Ostzone nur geringen Wert auf poln. Lebensmittellieferungen legten und viel größeres Interesse an der Versorgung der Industrie ihrer Zone mit Brennstoff, Rohmaterialien und Halbfabrikaten zeigten.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Mai 1949

No. 133

Auszüge aus Presseberichten

Interzonenhandel. Die Meldungen über die Wiederaufnahme des Handels zwischen den drei Westzonen und der Ostzone sind zumindest verfrüht. Trotz Aufhebung der Blockade ruht vorläufig jeglicher Warenaustausch weiter, solange nicht zwischen dem Zweimächtekontrollant und der SMA Einzelheiten über den Handelsverkehr vereinbart werden. Insbesondere muß die Frage der Bewertung der Ostmark geregelt werden und eine Entscheidung über die Fortführung des noch unerledigten Windener und Berliner Handelsabkommen fallen. Weiterhin bereitet die starke Diskrepanz zwischen ost- und westdeutschen Preisen erhebliche Schwierigkeiten bei der Verrechnung. Die Verwaltung für Wirtschaft hat ihrerseits Pläne für den Warenaustausch ausgearbeitet, die aber ohne nähere Anweisung der Mil.Reg. nicht veröffentlicht werden können. Der Handel zwischen West-Berlin und Westdeutschland dagegen wird im vollen Umfang aufgenommen. Gleichzeitig wird die Ostzone mit West-Berlin Handelsbeziehungen aufnehmen, wobei der freie Wechselkurs zugrundegelegt wird. So hat sich die Ostzone schon jetzt erklärt an West-Berlin größere Mengen Frischkartoffeln zu liefern, während die Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt die vorgesehenen Frischkartoffeln kaum mehr absetzen wird. Allgemein glaubt man in wirtschaftspolitischen Kreisen Frankfurts, daß West-Berlin nun die große Mittlerrolle zwischen dem Ost-Westhandel einnehmen wird, solange kein umfassendes Übereinkommen getroffen ist.
Allgem. Ztg. vom 11. Mai 1949

Ostzonenpolizei. Unter den Angehörigen der Ostzonenpolizei, die an den jetzigen Frühjahrsmanövern teilnahmen, befanden sich auch 250 Panzerfahrer der früheren deutschen Wehrmacht. Sie erhielten eine Spezialausbildung für ihren Einsatz in Griechenland. Weitere 3 000 der kampftüchtigsten Volkspolizisten werden laufend nach Griechenland in Marsch gesetzt. Nach Aussagen geprüfelter "Freiwilliger" erhalten diese Volkspolizisten einen monatlichen Sold in Höhe von 500,- OM. Ihren Angehörigen wird für die Dauer des griechischeinsatzes ein Zuschuß gewährt, der monatlich 200 bis 350 OM beträgt. Fällt der Freiwillige, so wird den Angehörigen eine Afindungssumme ausgezahlt, die - je nach Dienstgrad - zwischen 800 und 1 200 OM liegt.
Telegraf vom 30. April 1949

Heizung mit Kohlenstaub. In Stendal wurde die erste Lokomotive in Dienst gestellt, die mit Kohlenstaubfeuerung geheizt wird. Im Kreise der Verwaltung der Eisenbahn in der Ostzone wird mit einer großen Kohleneinsparung durch diese Einrichtung gerechnet. Die Feueranlage der Lokomotive wird in einer offiziellen Verlautbarung als einmalige Erfindung bezeichnet. Künftig soll jeden Monat eine Schnellzuglokomotive auf die neue Feuerungsart umgestellt werden.
Neue Volks-Ztg. vom 11. Mai 1949

Neue Elektro-Großmotoren-Produktion. Im volkseigenen "Elektrowerk" in Wernigerode ist jetzt die Produktion von Elektro-Großmotoren angelaufen. Ab Mai sollen monatlich rund 2 400 Elektro-Großmotoren hergestellt werden. Die Zahl der Betriebsangehörigen ist seit 1948 von 538 auf gegenwärtig 1040 angestiegen und soll bis Ende d.J. auf 1750 erhöht werden.

Neues Deutschland vom 3. Mai 1949

Der Oberbürgermeister Ost-Berlins, EBERT, gab bekannt, daß der Magistrat im Ostsektor einen Zehnjahresplan für den Wiederaufbau der Hauptstadt Deutschlands ausarbeite. Zur Förderung des erfolgreichen Aufbaues Berlins werde der Magistrat im Jahre 1949 eine 100-Mill. OM Anleihe auflegen.
Telegraf vom 30. April 49

Die DFK hat den Zusammenschluß der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe zu je einer Vereinigung für pflanzliche und für tierische Erzeugnisse angeordnet. Die Vereinigungen sind Institute öffentlichen Rechts; ihr Hauptsitz ist Berlin. Ihnen obliegt die Erfassung und der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Ostzone. Sie werden in den Ländern Landeskontore und in den Kreisen Geschäftsstellen errichten, und sie sind berechtigt, mit Genossenschaften und Privatbetrieben, die bisher in der Erfassung tätig waren, Verträge über den Aufkauf und die Lagerung freier Spitzen abzuschließen. Die Verwendung der aufgekauften Erzeugnisse regelt die DFK. Der erhöhte Erlös aus dem Verkauf der freien Spitzen an die Vereinigungen unterliegt der Einkommen- und Umsatzsteuer nach bes. Vorschrift.
Wirtschafts-Ztg. vom 6. Mai 49

STAT

No. 8

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Stuttgart vom 4. Mai 1949

Im Wirtschaftsrat erstattete heute Oberdirektor Dr. PUENDER Bericht über die Probleme, die für die deutsche Wirtschaft durch die Washingtoner Entscheidungen über Demontagen und Industriebeschränkungen entstanden sind. Dr. Pünder sagte, Deutschland kenne kein größeres Ziel, als selbst vom Ertrag seiner Arbeit zu leben und durch seine Arbeit zum Wohlstand aller anderen Völker beizutragen. Aber weder die Deutschen noch die Siegermächte dürften vergessen, daß Deutschland mehr zerstört sei als irgendein anderes Land der Erde und daß auf viel engerem Raum mehr Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen müßten als in dem Deutschland des Jahres 1936, dessen industrielles und landwirtschaftliches Potential weit größer gewesen sei.

Dr. Pünder würdigte die erfreulichen Schritte auf dem Wege zur Wiederauflebung der deutschen Wirtschaft, die durch die Genehmigung zur Aluminiumherstellung, die beschränkte Zulassung der Kugellagerproduktion sowie die Erlaubnis zum Bau gewisser Handelsschiffe gekennzeichnet sind. Andererseits wies er darauf hin, daß die deutsche Chemiewirtschaft verkümmern müsse, wenn es auf die Dauer bei dem Verbot des Bergius-Hydrier-Verfahrens, der Fischer-Tropsch-Synthese und der Herstellung von künstlichem Gummi bliebe. Die acht noch zu demontierenden Werke (darunter die August-Thyssen-Werke) hätten einen Reparationswert von mehr als zwei Drittel des Gesamtreparationswertes". Das sei für uns um so schmerzlicher, als sie zu den modernsten und damit rentabelsten Europas gehörten. Wie bedeutungsvoll das für uns sei, ergebe sich daraus, daß wir bei wichtigsten Erzeugnissen bereits heute weit über den Preisen anderer Länder lägen.

Dr. Pünder bat die Mil. Gouverneure erneut, mit der Durchführung von Demontagen keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Es würde dem Sicherheitsbedürfnis und der gewünschten deutschen Industriekapazität in jeder Weise entsprechen, wenn die heute zur Demontage bestimmten Werke lediglich stillgelegt werden würden.

Der Redaktionsausschuß des Parl. Rates hat die Formulierung der in Frankfurt getroffenen Vereinbarungen fertiggestellt. Im Anschluß daran wurden interfraktionelle Besprechungen abgehalten, die als erfolgreich bezeichnet werden. In den Beratungen seien lediglich die Fragen des Elternrechts und des Schulwesens noch nicht entschieden. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Abgeordneten Dr. LOEWENTHAL einstimmig ausgeschlossen. Grund zu dieser Maßnahme ist ein von Löwenthal im Berliner "Tagesspiegel" veröffentlichter Artikel. In ihm sind nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion entscheidende Vorgänge der Sitzungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Hannover falsch dargestellt worden.

Der "Gautinger Kreis" erklärte, daß Dr. Hundhammers Äußerungen mit den Zielen der CSU unvereinbar seien. Für Separatisten sei in der Partei kein Platz. Es heißt jedoch weiter, daß das Grundgesetz in dieser Fassung nicht angenommen werden könnte.

Sender Stuttgart vom 5. Mai 1949

Die vier Delegierten haben sich gestern abend in New York geeinigt, die Berliner Blockade am 12. Mai aufzuheben. Gleichzeitig soll die von den Westmächten verhängte Gegenblockade beendet werden. Am 24. Mai soll die Außenministerkonferenz in Paris beginnen.

Oberbürgermeister REUTER nannte die Aufhebung einen Wendepunkt in der Weltgeschichte. Nun sei der Weg frei für eine einheitliche Verwaltung Berlins nach demokratischen Grundsätzen.

SCHREIBER hält auch jetzt noch eine gewisse Skepsis für angebracht. Es sei jedoch zu hoffen, daß bei der Außenministerkonferenz ein vernünftiges Resultat erzielt werde. -

Die Landesleitung der bayerischen Partei kritisierte gestern erneut die Arbeit des Parl. Rates. Sie veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt: Der Versuch, das westdeutsche Grundgesetz einzuführen, ist ein Verfassungsbruch. Die Bonner Verfassung ist separatistisch, da sie nicht allen deutschen Ländern den Zusammenschluß zu einem Staatenbund ermöglicht.

STAT

No. 9

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 5. Mai 1949

Das Ergebnis der Verhandlungen in New York hat naturgemäß ein starkes Echo. Während Politiker zeigen sich befriedigt über das Resultat. Die positive Entwicklung wird in hohem Maße der Haltung der Berliner Bevölkerung zugeschrieben. Oberbürgermeister Reuter erklärte, daß nun der Weg offen stehe für die Wiederherstellung einer einheitlichen Berliner Verwaltung, aufgebaut auf demokratischen Grundsätzen und freien Wahlen. Das offensichtliche Scheitern aller Versuche, ganz Berlin in die sowjetische Zone einzugliedern, bedeute einen großen Erfolg für ganz Deutschland. Er sagte wörtlich: Wir werden Wahlen in Berlin und in der Ostzone fordern. Dies ist der wirkliche Beginn des Tauziehens zwischen Ost und West." Mit dem Magistrat des Ostsektors werde er nicht zusammenarbeiten.

Auch Justizminister Dr. BEYERLE nahm zur Blockadeaufhebung Stellung. Er sagte, er hoffe, daß durch die Beseitigung nicht nur die Berliner Bevölkerung, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone in ein normales Verhältnis kommen. - Dr. ADENAUER warnte vor allzu großem Optimismus. Er äußerte Zweifel über die Aussichten für eine restlose Beseitigung aller Zonenschranken zwischen Ost- und Westdeutschland. Die russische Bereitwilligkeit, tatsächlich und weitgehend Verständigung mit dem Westen zu erzielen, sei zu bezweifeln.

In den interfraktionellen Besprechungen wurde Einigung in den Artikeln der Schulreform und des Elternrechts erzielt. Danach soll der Religionsunterricht mit Ausnahme der Bekenntnisschule ordentliches Schulfach werden.

Dr. Horlacher hat für kommenden Mittwoch den Landtag einberufen, damit Dr. Ehard zu den Äußerungen Dr. Pundhammers Stellung nehmen kann. Der Landesvorstand der CSU stellte fest, daß die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung über die separatistischen Umtriebe empört sei, weil sie die deutsche Not- und Schicksalsgemeinschaft gefährde. - Der Hauptausschuß stimmte dem Antrag zu, die Todesstrafe abzuschaffen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. LÖWENTHAL, der wegen eines von ihm verfaßten Artikels in der Berliner Zeitung "Tagesspiegel" von den Arbeiten des Bonner Rates ausgeschlossen worden ist, hat seinen Austritt aus der SPD erklärt.

Sender Stuttgart vom 6. Mai 1949

Min. Präs. Dr. EHARD erklärte gestern, Bayern werde bis zum Ende für diejenigen Prinzipien kämpfen, von denen es glaube, daß sie im Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Bayern werde sich jedoch bei Ablehnung seiner Vorschläge dem Willen der Mehrheit beugen.

Der Parlamentarische Rat will heute das Grundgesetz endgültig verabschieden. Dr. Carlo Schmidt äußerte, der Rat könne seine Arbeiten beschleunigen, weil sich die Parteien geeinigt hätten. Über das Wahlgesetz und den Sitz der Bundeshauptstadt soll am Dienstag entschieden werden.

Zu Bevins morgigem Berliner Besuch äußerte sich Oberbürgermeister REUTER, im Hinblick auf die kommenden Viermächtebesprechungen wisse die Bevölkerung den Besuch des britischen Außenministers zu schätzen.

Sender Stuttgart vom 7. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat hat gestern das Grundgesetz in der 2. Lesung mit 47 gegen 2 Stimmen angenommen. 8 Abgeordnete der CSU enthielten sich der Stimme. Morgen nachmittag soll die 3. Lesung beginnen. Das Plenum hat beschlossen, einen Überleitungsausschuß zu bilden, der die Wirtschaft der westdeutschen Regierung führen soll, bis der 1. Bundestag zusammengetreten ist. Ferner ist beschlossen worden, das Grundgesetz durch die Landtage zu ratifizieren.

Der 6. Parteitag der SPD Berlin ist heute im amerik. Sektor eröffnet worden. MATTIK erklärte, dieser Parteitag werde in einer historischen Stunde abgehalten. Die Berliner hätten ohne die wirksame Hilfe der Westmächte ihre Freiheit nicht zurückgewonnen. Neumann wurde beauftragt, Außenmin. Bevin zu einem kurzen Besuch des Parteitages einzuladen. Mit dieser Einladung soll die Verbundenheit der SPD mit der Labourparty zum Ausdruck gebracht werden.

STAT

No. 10 Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 9. Mai 1949

Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates verabschiedete heute gegen acht Stimmen der CDU - CSU und einer DP-Stimme den Wahlgesetzentwurf. Die Gesetzesvorlage wird morgen von Plenum endgültig verabschiedet werden. Der Entwurf stellt lediglich Rahmenvorschriften für die Wahl zum ersten Bundestag und des ersten Bundespräsidenten auf, die den einzelnen Ländern eine Grundlage für ihre Wahlgesetzgebung bieten sollen. Der Entwurf sieht die Wahl von 200 Bundestagsabgeordneten nach dem Mehrheitswahlssystem in Einzelwahlkreisen vor. Die andere Hälfte soll über Landeslisten nach dem Verhältniswahlprinzip in das Bundesparlament gewählt werden.

Das Plenum wird morgen über den Sitz der Regierung verhandeln. Wie verlautet, sind Bonn und Frankfurt in die engere Wahl gezogen worden. Das Grundgesetz ist den Militärkouverneuren überreicht worden. Sie werden es voraussichtlich am kommenden Donnerstag billigen.

Die Ministerpräsidenten der Westzonen werden in den kommenden Tagen zusammenkommen, um über die Ratifizierung des Grundgesetzes durch die Landtage zu beraten. Laut Süddeutsche sind maßgebende parlamentarische Kreise Südbadens der Meinung, daß eine Volksabstimmung über das Grundgesetz abgehalten werden müsse, wenn die Landesverfassung beachtet werden solle. Nur ein Befehl der französischen Behörden könnte Baden von der Einhaltung seiner Landesverfassung entbinden.

Eine Delegation des Parlamentarischen Rates wird am Mittwoch nach Berlin fahren, um der Stadt Glückwünsche zu überbringen. Sie wird auch an einer Kundgebung teilnehmen, die der Westberliner Magistrat für Donnerstag nachmittag ausgerufen hat.

Hans JENDRITZKI (SED) hat sich für eine Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westmagistrat eingesetzt. Auf einer Funktionärkonferenz der SED schlug er vor, daß sich fünf Vertreter der beiden Berliner Verwaltungen zu Vorbesprechungen treffen sollten.

Min.Präs. STROCK erklärte, das Grundgesetz sei als vorläufige Arbeit zu betrachten, da das Ziel immer Gesamt-Deutschland heißen werde. Die Arbeiten für eine Konsolidierung Westdeutschlands müßten schnell und zielbewußt vorstatten gehen. Es gelte, sobald wie möglich die Ratifizierung des Landtages einzuholen und eine westdeutsche Regierung zu schaffen.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz BRENZEL: Das int. Problem Nr. 1.

Sowichtig und aufschlußreich die innerdeutschen Probleme augenblicklich auch sind, so konzentriert sich doch alles auf die bevorstehende Tagung des Außenministerrates in Paris. Bis jetzt ist hauptsächlich davon die Rede gewesen, warum die SU die Blockade aufhebt und welches die Gründe sind, die zu dieser Entspannung beigetragen haben. In den Äußerungen und Artikeln ist alles abzulesen, was es an Auslegungen und Bemerkungen nur geben kann. Am besten ist es wohl, einen zwar zuversichtlichen, aber kühl temperierten Wirklichkeitssinn zu bewahren. Einige Politiker sind von der Aufrichtigkeit der SU überzeugt. Nun, das sind große Worte, und man kann nur wünschen, daß sie bestätigt werden würden. Uns aber dürfen die Erfahrungen gelehrt haben, erst dann an die Aufrichtigkeit zu glauben, wenn sie bewiesen worden ist. Und mit der Aufhebung der Blockade ist es allein nicht getan, damit ist höchstens ein rechtloser Zustand beseitigt worden.

Sehr bemerkenswert ist eine Sendung der UdSSR, in der es hieß, daß sich nach Beendigung des Krieges die Welt in zwei feindliche Lager gespalten habe, und zwar in das Lager der kapitalistischen Kriegstreiber und in das Friedenslager mit der UdSSR an der Spitze. Es hieß dann weiter, daß die Erfolge künftiger Verhandlungen von der Anerkennung einer Reihe berechtigter Forderungen der SU abhängen, so u.a. die Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates. Das ist nun eine sehr lapidare Forderung, mit der man viel oder auch gar nichts anfangen kann; denn die Errichtung eines einheitlichen Staates ist der Wunsch aller. Es kommt nur darauf an, unter welchen Voraussetzungen dieser Staat einheitlich sein soll. Wenn man an die riesigen Schwierigkeiten denkt, dann ist es wohl das Beste, ruhig alles zu erhoffen, aber nicht von vornherein alles zu erwarten. Widerleste Skepsis ist besser als enttäuschter Optimismus.

No. 11 Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Stuttgart vom 10. Mai 1949

Die endgültige Entscheidung über das Wahlgesetz und den Sitz der Bundesregierung ist noch nicht gefallen. Der Rat wird jedoch das Wahlgesetz noch heute endgültig verabschieden. Abgeordneter BECKER bat, das Wahlgesetz in der vorliegenden Fassung anzunehmen, und forderte die CSU/CDU-Fraktion auf, sich das geplante scharfe Nein noch einmal zu überlegen.

Paul LOEBE kritisierte die Arbeit des Parlamentarischen Rates. Er erklärte, das Grundgesetz sei gegenüber der Weimarer Verfassung in vielen Punkten ein Rücktritt. Die provisorische Verfassung hätte jedoch anders ausgesehen, wenn das protestantische Ostdeutschland Gelegenheit gehabt hätte, an den Arbeiten teilzunehmen.

Dr. SUHR erklärte, nach Aufhebung der Blockade müsse zunächst die Spaltung Berlins beseitigt werden. Die neue Berliner Verfassung sollte erst nach Herstellung normaler Verhältnisse in Anwendung kommen. Voraussetzung für die Wiedervereinigung Ost- und Westberlins sei der Rücktritt des gesamten Ostmagistrats.

Berlins Bürgermeister Dr. FRIEDENSBURG erklärte, Berlin dürfe nicht als 12. Land in den Bund aufgenommen werden. Es müsse vielmehr die Hauptstadt West- und Ostdeutschlands werden. Es sei die Aufgabe Berlins, sich nicht einseitig festzulegen. Er forderte die Ausschreibung neuer Wahlen.

Die ostzonale Eisenbahnverwaltung will in Zukunft ihre gesamten Westmarkeneinnahmen dem Berliner Westmagistrat zur Verfügung stellen. Dieser wird dafür die auf Ostmark lautenden Gehälter der Westberliner Eisenbahner umtauschen.

ARNOLD erklärte, er habe mit Bevin wichtige Wirtschaftsprobleme des Ruhrgebiets erörtert. Außerdem sei die Frage der Westgrenze besprochen worden.

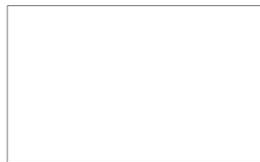
Heute morgen wurde auf Befehl der SMA die Stromversorgung in einigen Gebieten Westberlins wieder aufgenommen. Man hofft, daß die Versorgung bis Donnerstag wieder normal ist.

Das Grundgesetz liegt zur Zeit den Mil.Couv. vor. Es wird damit gerechnet, daß sie schnell ihre Zustimmung erteilen werden.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz KRENZEL: Voraussetzung für die Einheit Deutschlands.

Tenn Sie, und insbesondere unsere Freunde in der Ostzone, die Übertragung der Sitzung des Parl. Rates gehört haben, dann werden Sie an den ergreifenden Worten des Abgeordneten Paul Loebe festgestellt haben, wie sehr das Schicksal der Ostdeutschen den Politikern der Westzonen am Herzen liegt. Aber nicht nur die gewählten Vertreter der Bevölkerung, sondern wir alle sind eines Sinnes in dem Wunsch, die unheilvolle Zerreißung Deutschlands beendet zu sehen und recht bald wieder vereint zu sein. Daß dieser Wunsch in der Ostzone noch größer ist, wen wollte das verwundern. Für sie ist jede Änderung eine Verbesserung; denn wenn das, was sie seit Jahr und Tag erleben, nur noch einige Jahre so andauert, werden Schanden entstehen, die in einer ganzen Generation nicht wieder gut zu machen sind. Wie ich gestern sagte, ist es nicht allein damit getan, jetzt die Einheit Deutschlands zu fordern, sondern man muß sehr ernsthaft überlegen, was erstrebenswert ist. Dabei kommt es nicht so auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen an. Sicherlich würden wir hier zunächst einmal abgeben müssen, um den dringendsten Bedarf abzuwehren, aber was will das schon heißen. Ungezählte würden nur zu gern bereit sein, damit sich die so schrecklich unterernährten Kinder der Ostzone endlich einmal wieder satt essen könnten. Viel wichtiger sind die politischen Voraussetzungen, die der Westen unbedingt fordern muß. Schließlich ist niemandem geholfen, wenn das dortige System auf ganz Deutschland übergeht. Welches sind nun diese Voraussetzungen? Zunächst müssen die Sowjets dazu gebracht werden, in der Ostzone wirklich freie Wahlen zuzulassen. Sie müssen sich auch damit einverstanden erklären, die SPD wieder zuzulassen und die CDU und LDP wieder eine freie Politik treiben zu lassen. Des Weiteren müssen die KZ's aufgelöst werden. Dazu kommen Garantien für die Ostgrenze, aber nicht die Oder-Weißer-Grenze, sondern eine Grenze, die weiter ostwärts liegt. Ob die SU zu bewegen sein wird, zuzustimmen, kann niemand wissen. Die ersten Verhandlungstage werden aber die allgemeine Richtung erkennen lassen. Bis dahin müssen wir uns in Geduld fassen und ohne zu viel zu erwarten, trotzdem das Beste erhoffen.

STAT

No. 12 Auszüge aus RundfunkberichtenSender Stuttgart vom 11. Mai 1949

Die Französische Regierung hat sich mit gewissen Einschränkungen mit dem vom Parl. Rat in Bonn ausgearbeiteten Grundgesetz-Entwurf einverstanden erklärt.

Eine Delegation des Parl. Rates wird heute nach Berlin fliegen, um an den Feierlichkeiten anlässlich der Aufhebung der Blockade teilzunehmen. Zwei Vertreter der Stadt Bonn werden morgen Oberbürgermeister Reuter die Krüze der provisorischen Bundeshauptstadt überbringen.

Bekanntlich war am Dienstag Bonn mit 32 gegen 29 Stimmen zum vorläufigen Sitz der Bundesorgane gewählt worden.

STHR erklärte, Berlin hätte sich damit abgefunden, daß der Sitz der Bundesregierung im Westen liegen müsse. Die Wahl sei auch ein politisches Problem gewesen. Ob die Wahl günstig sei, müsse die Zukunft beweisen.

STOCK hält es für unmöglich, daß Bonn die gesamte Verwaltung aufnehmen kann. Er hofft, daß diese Entscheidung später korrigiert wird.

Paul LOEBE sagte, Berlin habe den einzigen Wunsch, die Bundesorgane so schnell wie möglich aufzunehmen.

KAISER äußerte sich anerkennend über die Wahl. Er sei davon überzeugt, daß die Entscheidung des Rates richtig sei.

Carlo SCHMID erklärte, die Konstituierung einer westdeutschen Regierung sei nicht vor Sept. d.J. zu erwarten. Es werde aber noch lange Zeit dauern, bis die Regierung tatsächlich aktionsfähig sei. Nach ihrer Konstituierung müsse sie sich zunächst einmal die elementarsten Dinge beschaffen. Es sei ein weiter Weg von den primitivsten Aufbauarbeiten bis zur Unterzeichnung des ersten Regierungserlasses.

Über die Aufgabe des Exekutivausschusses hat sich ADENAUER geäußert. Er sagte, dieser Ausschuß werde keine politischen Funktionen ausüben. Er müsse als Verbindungsstelle und als beratende Organisation angesehen werden.

NUSCHKE erklärte vor Pressevertretern, nur der Volksrat werde als die einzige nationale Repräsentation die Einheit Deutschlands errichten oder erzwingen. - Die Verfassung der Ostzone werde vorläufig noch nicht in Kraft gesetzt.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz FRENZEL: Das Ende der Berliner Blockade.

In wenigen Stunden wird es soweit sein. Dann werden in Marienborn, bei Sonneberg und an vielen weiteren Orten die Schlagbäume geöffnet und nicht nur die ersten Züge und Transporte nach Berlin rollen, sondern der gesamte Interzonenverkehr wird so aufgenommen werden, wie er vor dem 1. März 1948 solief. Vielleicht ist es müßig darüber nachzudenken, was die Berliner momentan empfinden werden. Sie werden wohl zunächst nur einmal aufatmen und zufrieden sein, daß alles vorüber ist. Und mit ihnen können wir selbst auch aufatmen, denn die Aufhebung der Blockade ist doch eine sehr fühlbare Entspannung der internationalen Lage überhaupt. Es wäre fehl am Platze, nun vom Sieg der einen Seite und von der Niederlage der anderen zu sprechen. Natürlich ist die Aufhebung nicht zum geringsten der Erfolg der Standhaftigkeit der Berliner Bevölkerung und sie ist zweifellos ein Sieg der konsequenten Politik der Westmächte. Zweifellos hat die Luftbrücke die Blockade gegen Berlin unwirksam gemacht, obwohl auch diese kein Dauerzustand sein konnte. Doch weder die Unmöglichkeit, Berlin zu blockieren, noch die Auswirkungen der Gegenblockade dürften dazu geführt haben, daß es zu einem gewissen russisch-amerikanischen Übereinkommen kam. Denn es ist doch so, daß die Blockade vom westlichen Standpunkt aus gesehen auch ihre positiven Punkte hatte. Die Westmächte schlossen sich enger aneinander, der Atlantikpakt kam zustande, und nicht zuletzt hat sie die Vorbereitungen für einen westdeutschen Bundesstaat beschleunigt und uns in Westdeutschland wieder ein Stück vorwärts gebracht. Dadurch ist nun die SW in eine alternative Situation geraten, was keineswegs im sowjetischen Interesse liegen konnte. Um zu verhindern, daß das sehr respectable Industriepotential Westdeutschlands allein den Westmächten zugute kommt und Westdeutschland sich eng an den Westen anschließt, beschloß man, ein neues Treffen zu vereinbaren, das mit der Aufhebung der Blockade verbunden war. Wir wollen hoffen, daß die Position des Westens recht stabil bleibt, dann besteht gewiß guter Grund, der Außenministerkonferenz zwar mit gemäßigter Zuversicht, aber doch immerhin ohne Besorgnisse entgegenzusehen.

STAT

No. 90 Auszüge aus Rundfunkberichten
 =====

Sender Leipzig vom 3. Mai 1949

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Peinkehrertransport mit 1 077 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ist in der Oderstadt eingetroffen. Gleichzeitig wurden 963 t Butter und Butterschmalz geliefert, die sofort nach Berlin, Dresden und Leipzig weitergeleitet wurden. - Außerdem sind 4 sowjetische Traktoren übernommen worden. Damit sind insgesamt 998 von den 1.000 Traktoren eingetroffen.

Berlin: Das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" schreibt heute in seinem Leitartikel: Mit großem Interesse verfolgt die breite Öffentlichkeit die Versuche, die Viermächteverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die Ztg. wirft dann die Frage auf, ob die amerikanischen Bemühungen dieses Mal wohl ehrlich gemeint seien. Es werden dann eine Reihe von Umständen angeführt, so z. B. der immer lauter werdende Ruf nach der Einheit Deutschlands, denen zu entnehmen ist, daß ernstlich verhandelt wird.

Moskau: Die der SED angehörenden Mitglieder der sich augenblicklich in Moskau befindlichen deutschen Delegation haben der SED anlässlich ihrer 32. Tagung ein Telegramm gesandt, in dem sie den Friedenswillen des sowjetischen Volkes preisen. Sie versichern, nach ihrer Rückkehr noch stärker als bisher gegen die Kriegstreiber kämpfen zu wollen.

Kottbus: Die Arbeiter und Angestellten der Reichsbahnausbesserungswerke Halle und Kottbus stehen im Leistungswettbewerb. Ziele dieses Wettbewerbs sind: Erfüllung des Ausbesserungssolls mit mindestens 110 %, Senkung der Selbstkosten und Intensivierung der Aktivistenbewegung.

Sender Leipzig vom 4. Mai 1949

Leipzig: Anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress werden am 13. und 14. Mai überall in Sachsen Kundgebungen durchgeführt. So werden am 13. Mai in Leipzig Herbert Warnke und in Annaburg Oberbürgermeister Ebert sprechen, während in Görlitz sich Hermann Matern für die Volkskongresswahl einsetzen wird. Am 14. sprechen Nuschke in Leipzig und Grotewohl in Dresden.

Berlin: Die Delegation der Ruhrbergarbeiter, die anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai in Berlin weilte, gab eine Erklärung zu der bevorstehenden Wahl ab. "Auch die Werktätigen an Rhein und Ruhr massen den Krieg und wollen den Frieden. Die Volkskongresswahlen geben uns eine entscheidende Waffe in die Hand, mit der wir die Zukunft Deutschlands gestalten können". Die Delegationsmitglieder verpflichteten sich, die Bevölkerung in den westdeutschen Industriegebieten aufzufordern, an den Wahlen teilzunehmen.

Dresden: Zwei weitere Kulturheime der MAS sind in Chemnitz und Hoyerswerda eröffnet worden. Die erste große Kulturveranstaltung findet am 8. Mai statt.

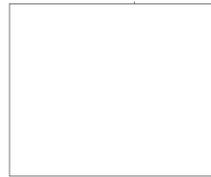
Halle: 13 000 Jugendliche sind seit Februar d.J. in Sachsen-Anhalt der FDJ beigetreten. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder auf 145000 erhöht.

Weimar: Die gesamte Frühjahrsbestellung Thüringens ist zu 96 % erfüllt.

Sender Leipzig vom 5. Mai 1949

Der Sender gab die ersten Stimmen zum veröffentlichten Wortlaut des Kommuniqués durch.

So erklärte Dr. HAMANN von der LDP, die Aufhebung lasse vor allem das deutsche Volk erleichtert aufatmen. Ohne die verständnisvolle ruhige sowjetische Politik wäre es jedoch nicht zu diesen Lösungen gekommen. Der Berliner Magistrat beglückwünschte die Bevölkerung zu dem ersten Ergebnis der Besprechungen. Er betonte, die Ergebnisse der alliierten Beratungen werden umso fruchtbarer sein, je entschlossener die Berliner Bevölkerung den Kampf gegen die Spaltung und für ein einheitliches Deutschland, für einen gerechten Frieden und den Abzug der Besatzungstruppen fortführe.



No. 91 Auszüge aus Rundfunkberichten
 =====

Sender Leipzig vom 7. Mai 1949

Berlin: Im Zusammenhang mit der Einigung der Besatzungsmächte sandte das Präsidium des Deutschen Volksrates ein Telegramm an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonenwirtschaftsrat. Darin schlägt das Präsidium den beiden Körperschaften vor, zu gemeinsamen Beratungen nach Braunschweig oder irgendeinem anderen Ort zusammenzukommen. Es wird betont, daß die seinerzeitige Aufforderung beim ganzen deutschen Volk lebhafteste Zustimmung gefunden habe. Es sollen vor allem Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet erörtert werden. Die Ergebnisse sollen in Form eines Memorandums der Außenministerkonferenz am 23. in Paris überreicht werden. Abschließend wird bemerkt, daß Eile geboten ist, da nur ein einiges Deutschland die Einheit und Zukunft sichern kann.

Bonn: Die KPD-Fraktion hat einen Antrag beigebracht, in dem erneut die Verbindung mit dem Deutschen Volksrat gefordert wird. In gemeinsamen Verhandlungen soll über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gesprochen werden.

Prag: Die tschechoslowakische Presse befaßt sich weiterhin mit dem veröffentlichten Kommuniqué. Es wird vor der Naivität gewarnt zu glauben, daß bereits alles in bester Ordnung sei; dafür sei die Welt schon viel zu oft enttäuscht worden.

Berlin: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation, die zu den Mailleiern in der UdSSR weilte, ist wieder in Berlin eingetroffen. Nach ihrer Ankunft erklärte Herbert WARNE, daß der Empfang der deutschen Delegation durch die sowjetische Bevölkerung überaus herzlich gewesen sei.

Frankfurt a.O.: Ein neuer Transport mit 667 Heimkehrern aus Polen traf heute ein. Die Heimkehrer wurden ins Lager Solfen (S.-A.) weitergeleitet, von wo sie in ihre Heimatorte entlassen werden.

Auszüge aus dem Kommentar von Herbert GESSNER, der mit einer Delegation in Rußland weilte.

Etwa drei Wochen vor meiner Abreise las ich einen Bericht über das Leben in Moskau. Darin hieß es, daß die Schaufenster zwar zum Bersten gefüllt seien, doch wenn man näher hinschaue, diese waren nur Attrappen seien. Es stimmt, daß in den Schaufenstern aller Lebensmittelgeschäfte nur Attrappen ausgestellt sind. Man macht dies jedoch aus hygienischen Gründen. Geht man in die Geschäfte hinein, kann man alles in natura kaufen. Ich las weiter, daß in den Theatern nur Propagandastücke aufgeführt werden, die sich kaum jemand ansehen würde. Ich konnte selbst feststellen, daß schon in den frühen Vormittagsstunden Schlangen vor den Theaterkassen stehen und Menschen, die keine Karten mehr erhalten, enttäuscht nach Hause gehen. - Dann hieß es weiter, daß die Kritik an Regierungsstellen verboten sei. Schlagen Sie einmal die Prawda auf. Neben Artikeln, in denen die Leistungen einzelner oder Organisationen gelobt werden, finden Sie schärfste Kritik an Dingen aller Art. Da wird ein ~~Kombinat~~ Kombinat angegriffen, weil die Qualität nachgelassen hat usw. usw.

Darüber wurde angeführt, daß der sowjetische Arbeiter unter schlechten Wohnverhältnissen lebe. Es ist richtig, daß er auf sehr gedrängtem Raum leben muß und in Häusern, die unmodern sind. Aber überall wird fieberhaft an der Errichtung modernster Wohnblocks gearbeitet. In Moskau würde wohl keine Wohnungsnot mehr herrschen, wenn die Arbeiter nicht vier Jahre lang lahm gelegen hätten. - Nach dem Artikel muß es scheinen, als ob die Russen nur roboters sind. Bei einem Gang durch Moskau sieht man, daß die amerikanische Presse lügt. Die Russen lassen sich jedoch von der antisowjetischen Hetze nicht beeinflussen. Diese Artikel sind für Menschen bestimmt, die sie nicht kontrollieren können. -

Die Russen sind ein friedliches, arbeitsames Volk. darum laßt uns Freundschaft mit ihm schließen. Ein demokratisches Deutschland, das sich noch einmal gegen das sowjetische Volk setzen läßt, würde untergehen, wie alles untergeht, das in die Vergangenheit blickt und nicht in die Zukunft. Wir haben die Wahrheit gesehen und wir wissen, daß sie am Ende noch immer gesiegt hat.

STAT

No. 92 Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 9. Mai 1949

Berlin: Über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen usw. hat General TSCWIKOW einen grundlegenden Befehl erlassen. Darin wird ausgeführt, daß die bis zum 1. März 1948 für die Verbindungen und den Verkehr und Handel zwischen Berlin, der Ostzone und Westdeutschland gültigen Bestimmungen wieder hergestellt werden. Für die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren Berlins und der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen in Berlin ist der Verkehr über die Eisenbahnstrecke Berlin - Magdeburg - Helmstedt mit 16 Zügen täglich gemäß dem Kontrollratsbeschuß vom September 1945 wieder herzustellen. Angehörige der westlichen Besatzungsmächte in Berlin können wieder die Autobahn Berlin - Magdeburg - Helmstedt benutzen und die Kontrollpunkte Marienborn und Howawes ohne Passierschein überschreiten. Ihr Gepäck wird ebenso wie Militärfracht nicht kontrolliert. Im Warenverkehr zwischen der Ostzone, Berlin und Westdeutschland soll das vor dem März 1948 übliche Verfahren wieder Gültigkeit haben. Danach müssen den Frachtwägen Warenbescheinigungen beigelegt werden. Bis zur Lösung der Nahrungfrage in Berlin soll das bestehende Verfahren für die Mitnahme der Ostmark, der Westmark und anderer Zahlungsmittel über die Demarkationslinie aufrechterhalten bleiben. In Berlin sind die Polizeikontrollen aufzuheben. Der Befehl tritt am 12. Mai um 0,01 Uhr in Kraft.

Berlin: Die Annahme des sogenannten Grundgesetzes bezeichnete NUSCHKE als einen neuen Beweis dafür, daß die westdeutschen Politiker immer wieder versuchen, die Bestrebungen nach der Einheit Deutschlands zu sabotieren.

GEOPFFOHL bezeichnete die Annahme des Grundgesetzes als eine Barrikade für die Pariser Verhandlungen. Damit sei eine Entscheidung getroffen worden, die nicht den Interessen des deutschen Volkes entspreche. Darüberhinaus sei der Schritt zur endgültigen Spaltung getan worden. Dem Präsidium des Deutschen Volksrates schlug er vor, das abgesandte Telegramm betreffend gemeinsame Verhandlungen über deutsche Probleme noch einmal allen westdeutschen Parteien, Organisationen und Jugendverbänden zugehen zu lassen und den 20. Mai als Verhandlungstermin vorzuschlagen.

Berlin: Die DVA hat zur besseren Versorgung der Bevölkerung eine Reihe von Artikeln aus der Punkt- bzw. Bezugsscheinliste genommen. So sind Krawatten, Pelzmäntel, eine gewisse Art von Handschuhen usw. punkt frei. Unter die bezugsscheinfreien Artikel fallen Rundfunkgeräte, Schreibmaschinen, Musikinstrumente usw.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz ZOEFER:

Vor ca. drei Wochen sprach ich über die Interpellation der SPD zu den Bonner Verhandlungen. Zum Schluß bezeichnete ich Dr. Schumacher als Heuchler und Lügner im fremden Auftrag. Wie bekannt, hatte die SPD dem Bonner Parl. Rat einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt gehabt. In Übrigen wies ich nach, daß die Ausarbeitung der Verfassung im ausländischen Auftrag durchgeführt wurde. Kein anderer als Schumacher selbst hat dieses nun bestätigt. Über das gestern verabschiedete Grundgesetz, dem die SPD geschlossen zustimmte, sagte er, daß das Bonner Grundgesetz nicht dem Volkswillen entspreche, sondern auf außerdeutschen Einflüssen beruhe. Darum hat der Deutsche Volksrat erneut Einladungen an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonenwirtschaftsrat zu gemeinsamen Besprechungen abgesandt, um ein gesamtdeutsches Memorandum für die Außenministerkonferenz auszuarbeiten. Eine offizielle Antwort liegt noch nicht vor. Wie die Antwort lauten wird, darüber gibt es wohl keine Zweifel. Mit der ersten Ablehnung haben die westdeutschen Politiker nur deutlich unterstrichen, was schon zum Ausdruck kam. Sie wollen die Einheit Deutschlands nicht. Deshalb haben sie alles getan, um die Verfassung zum Abschluß zu bringen. Vor einer Volksabstimmung fürchten sie sich allerdings, weil sie wissen, daß die Bevölkerung diesen Weststaat ablehnen. Alle wollen die Einheit Deutschlands. Das geht aus unzähligen Artikeln immer wieder hervor. So schreibt die Niedersächsische Volksstimme: Wir wollen keinen Weststaat, der die Klüfte nur noch mehr vertieft. - Zweifellos hat der Friedenswille auf der Pariser Weltfriedenskonferenz die Verhandlungen wesentlich beinflusst. Das wird auch die Volksabstimmung bei den kommenden Wahlen am 15./16. Mai, wenn alle Deutschen dem Volkswillen Nachdruck verleihen

STAT

No. 93

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 10. Mai 1949

Leipzig: Die Industrie- und Handelskammern haben alle Betriebe aufgefordert, bei den kommenden Wahlen mit "Ja" zu stimmen. Der Deutsche Volkskongress sei die gesamtdeutsche nationale Vertretung, darum gehöre ihr das Ja eines jeden Deutschen.

Erfurt: Der Landesausschuß Thüringens hat alle Deutschen aufgefordert, sich am 15. und 16. Mai der höchsten Verantwortung des Staatsbürgers voll bewußt zu sein. Jedes Ja müsse zu einer empörten Botschaft an die Kriegstreiber werden.

Berlin: Der freie Vertrieb der Presse wird nach DM in der Ostzone und im Ostsektor Berlins wieder aufgenommen.

Berlin: Der WPCB richtete an alle Werktätigen die Aufforderung, am kommenden Wochenende mit Ja zu stimmen, damit mit diesem Bekenntnis der am 23. Mai stattfindenden Außenministerkonferenz der feste Wille aller Werktätigen zum Ausdruck gebracht werde.

Frankfurt a.M.: Ein Transport mit 1 568 ehemaligen Kriegsgefangenen traf gestern aus der SU im Lager Cronenfelde ein.

Berlin: Über die Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln wird in dem gestern erlassenen Befehl General Tschuikows angeordnet, daß bis zur Lösung derährungsfrage die bestehenden Verfahren für die Witnahme der Ostmark, der Westmark und anderer Zahlungsmittel über die Demarkationslinie aufrecht erhalten bleiben. Diese Verfahren stützen sich auf Anordnungen der DMK, die die Einführung von Westgeld in die Ostzone verboten und den Umtausch bis zur Höhe von 500,- DM vorschreiben, und zwar zum Kurse von 1 DM = 1,25 OM. Eine weitere Anordnung besagt, daß die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank weder aus- noch eingeführt werden darf. Lediglich Personen, die ihren ständigen Aufenthalt in der Ostzone haben, sind berechtigt, bei ihrer Ausreise einen Betrag bis zu 50 DM mit sich zu führen, der jedoch weder in den Westzonen noch im Ausland ausgegeben werden darf. Die darüber ausgestellte Bescheinigung dient als Unterlage für die Wiedereinfuhr. Überschüssige Beträge können bei den Grenzkontrollstellen hinterlegt werden. - Die Einfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln in die Ostzone ist erlaubt. Personen, die ständig in der Ostzone wohnen, sind bei der Einreise in diese verpflichtet, ausländische Zahlungsmittel bei der Grenzkontrolle zum festgesetzten Kurse in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank umzutauschen. Zur Ausfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln sind sie nur berechtigt, wenn ihnen dies durch eine Bescheinigung der Deutschen Notenbank gestattet ist.

Der Kommentar war von Frau Dr. ROWALD und befaßte sich mit dem Befehl General Tschuikows, der die Aufhebung der Beschränkungen anordnet, und schloß mit den Worten: Welche Bedeutung die Wiedereröffnung der Zonengrenzen auch hat, die DMK und die Frankfurter Wirtschaftsstellen haben es nunmehr in der Hand, durch neue Vereinbarungen den Interzonenhandel in Gang zu bringen. Pöffen wir, daß wir nicht wieder auf halber Strecke stehen bleiben. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und auch für die USA hat sich die Spalter-Politik als ein Summerang erwiesen.

Sender Leipzig vom 11. Mai 1949

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrats hat allen Parteien, Organisationen, Frauenverbänden usw. in den Westzonen ein Telegramm gesandt, in dem er zu gemeinsamen Besprechungen in Braunschweig oder an einen anderen von den Körperschaften zu benennenden Ort auffordert. Als Termin wird der 20. Mai vorgeschlagen.

Der Hauptvorstand der NDP begrüßt den Aufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates zur Bildung einer nationalen Front des gesamtdeutschen Volkes zur Wiedererrichtung der Einheit Deutschlands und fordert seine Mitglieder auf, mit allen Kräften für diese Front einzutreten.

STAT

No. 94

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 11. Mai 1949

Berlin: Die DWK tritt morgen zu einer Vollsitzung zusammen. Prof. KASTNER wird über den Haushaltsplan 1949 referieren.

Berlin: In einem Aufruf der Zentraleitung des Kulturbundes werden sämtliche Mitglieder aufgefordert, am 15./16. mit Ja für den Volkskongress zu stimmen.

Auch die Wissenschaftler werden in der Entscheidungsstunde nicht abseits stehen, wenn das deutsche Volk ein gewaltiges Bekenntnis abgibt, erklärte ein Leipziger Professor.

Halle: Nahezu 3 Mill. Männer und Frauen Sachsen-Anhalts werden in 3 500 Wahllokalen am Wochenende ihre Stimme abgeben. Auch 48 Frauen sind in den Listen S.-A. aufgestellt worden.

Frankfurt a.O.: Vier Heimkehrertransporte trafen in der vergangenen Nacht im Lager Cronenfelde ein. Auch wir werden nicht versäumen, am 15. unser Ja für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden abzugeben, erklärte einer der Heimkehrer.

Dresden: 4 296 t Fett aus der SU trafen in den ersten zehn Tagen des Monats für die sächsische Bevölkerung ein.

Berlin: Nach Aufhebung der Blockade wird auch wieder der alte Zustand im Postverkehr hergestellt.

Auszüge aus dem Kommentar von Günter HALL:

Un glaubliches ist geschehen. Die Mehrzahl der Bonner Parlamentarier hat in letzter Nacht alle guten Geister verlassen, die Bonn zum Sitz der Bundesregierung bestimmten. Zwei Tage vorher hatte man trotz des Einspruchs einiger Abgeordneter mit fürchterlicher Eile das Grundgesetz verabschiedet, das nicht als die deutsche Meinung, sondern als ein ausländisches Produkt betrachtet werden muß. Und das alles wenige Minuten vor der Aufhebung der Blockade. Das ganze deutsche Volk hat aufecat, als die Nachricht durch die Welt eilte, daß sich die vier Besatzungsmächte wieder an einen Tisch setzen, um über das deutsche Problem zu verhandeln. Niemand kann bezweifeln, daß durch die verhängnisvolle Tätigkeit einer handvoll engstirniger Politiker, durch die Annahme des Grundgesetzes die Einheit unseres Vaterlandes aufs größte gefährdet ist. Man muß sich nur fragen, wo ist das nationale Gewissen dieser Herren, die die Spaltung vertiefen wollen und gegen die Einheit schwimmen, die eine Lebensnotwendigkeit ist: - Aber in Bonn darf deutsches Schicksal nicht bestimmt werden. Darum begrüßt unser Volk jeden Schritt, der in diesen Tagen unternommen wird, um Deutschland vor dem Verfall und Untergang zu retten. Darum wird auch der heute vom Deutschen Volksrat an alle Parteien, Organisationen, Verbände usw. gerichtete Appell ein großes Echo finden. Der Deutsche Volksrat erklärt sich bereit, in den nächsten Tagen mit den westdeutschen Körperschaften zu gemeinsamen Beratungen zusammenzukommen. Er schlägt vor, daß auf dieser Zusammenkunft Maßnahmen besprochen und ausgearbeitet werden, die der Einheit Deutschlands auf politischem wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet dienen. Darüberhinaus wird die Ausarbeitung eines Memorandums über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages usw. vorgeschlagen. Sage niemand, daß eine solche Zusammenkunft unmöglich oder umsonst wäre. Wenn sich die vier Großmächte zusammen setzen können, dann muß es auch uns möglich sein, wenn die Existenz unserer Nation auf dem Spiele steht, gleichgültig, in welchem politischen Lager man steht, welcher Schicht man angehört und welche Weltanschauung man hat. Eine Verständigung aller ist das Gebot der Stunde. Jetzt gilt es, die Chance zu nutzen. Am kommenden Sonntag stellt es sich heraus: entweder Zonengrenzen oder ein einheitliches Deutschland, entweder eine separatistische Regierung oder eine einheitliche Regierung für ganz Deutschland, entweder Besatzungsstatut oder Friedensvertrag. Die Entscheidung kann nicht schwer fallen!